

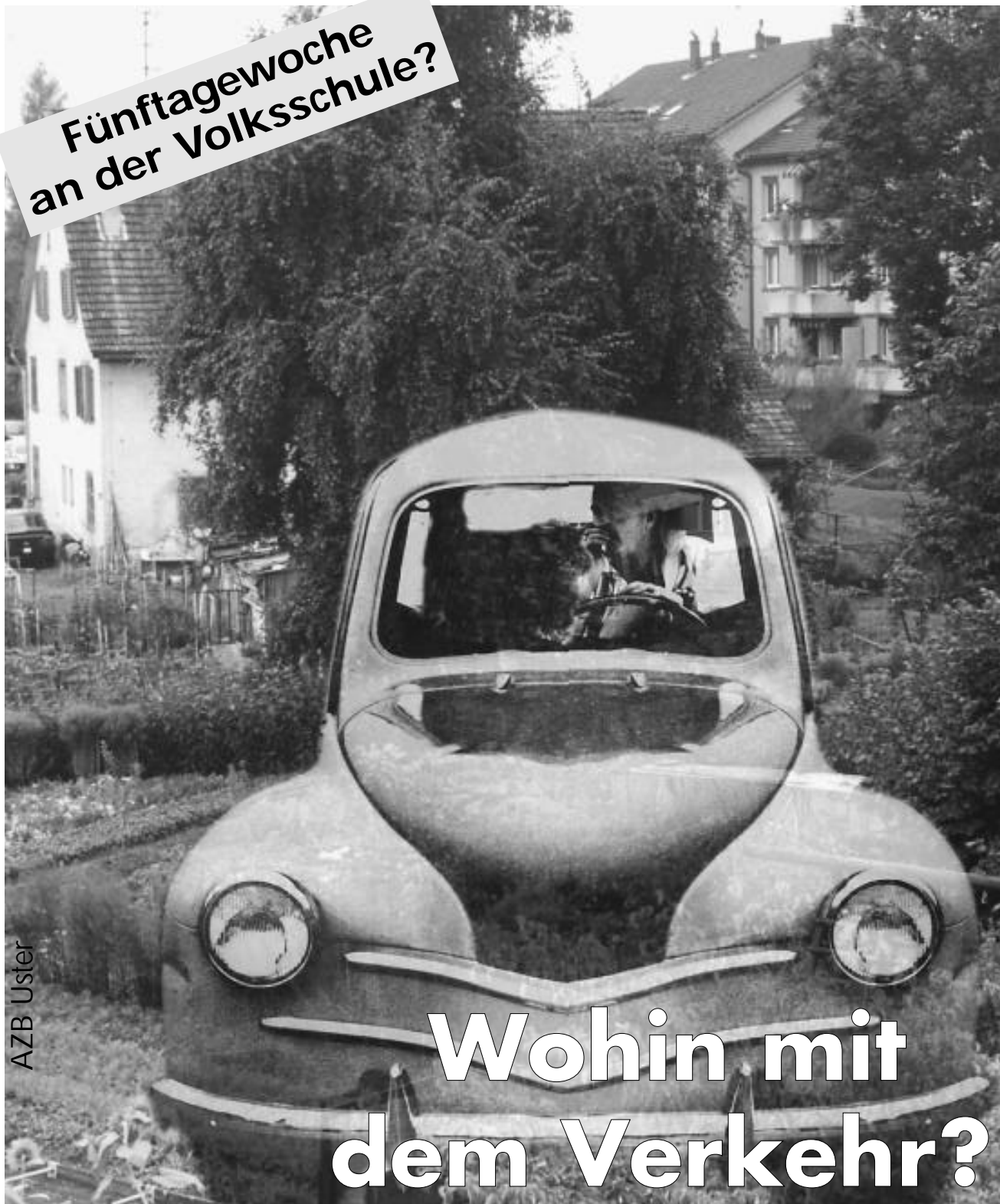
FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

Nr. 186 Februar 1996

Fünftageweche
an der Volksschule?

AZB Uster



Wohin mit
dem Verkehr?

Inhalt

Strassenverkehr und Demokratie von SP-Gemeinderätin Christine Weidmann	3
Noch immer rot und grün und konsequent? Streifzüge durch zwanzig Jahre Verkehrspolitik der SP Uster von Jeanpierre Kuster	4
«Uster Mitte» – eine Chance für Uster von SP-Gemeinderat Robert Inderbitzin	6
Abstimmungsparolen der SP Uster	6
Ein schwaches Konzept «Uster Mitte» von Kurt Spiess	8
Neue Vorschläge zum Verkehr von Prof. Rüdisühli	11
Übersichtsplan	12
Fünftageweche bald auch in Uster? Fachfrauen nehmen Stellung	14
Kommentar zur Fünftageweche von Gemeinderätin Lydia Hässig	16
Kommt der Musikunterricht unter die Räder? von der Schulpflegerin und Musiklehrerin Regula Gutiérrez	17
Jugend im Bundeshaus ein Bericht von der Jugendsession von Annalena Moser	18
Veranstaltungskalender	20
Versione italiana sul retro	

Editorial



Die Probleme mit dem Verkehr in Uster sind alt. Ebenso alt sind die zum Teil hitzigen Diskussionen über mögliche oder unmögliche Wege aus der Verkehrsmisere. Mit der Abstimmung über die Absenkung der Dammstrasse am nächsten Abstimmungswochenende geht es in eine nächste Runde – es wird sicher nicht die letzte sein. Vermutlich werden auch die nächsten Generationen an den Folgen einer Verkehrspolitik leiden, deren Grundsteine in den (verkehrs-jeuphorischen 60er Jahren gelegt wurden. Rückgängig machen lassen sich die früheren (Fehl)Entscheide nicht. Heute gilt es, nach neuen Lösungen zu suchen, Weichen zu stellen für die Zukunft. Einfach wird dies so oder so nicht sein. Zu Ihrer Meinungsbildung sollen die gegensätzlichen Beiträge ab Seite 4 in diesem FORUM dienen.

Die verschiedenen Positionen, die in diesem FORUM zu Wort kommen, zeigen, dass auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei keineswegs immer nur Einigkeit besteht, auch wenn sich eine grosse Mehrheit an einer Versammlung für die Absenkung der Dammstrasse mit Blick auf das Projekt «Zentrum Mitte» ausgesprochen hat. Die Meinungen innerhalb unserer Partei gingen und gehen noch immer zum Teil weit auseinander. Ich meine aber, dass gerade diese Vielfalt von Meinungen und die harte, aber sachliche und offene Diskussion für die Qualität dieser Partei spricht. Entscheiden müssen aber schlussendlich Sie als StimmbürgerIn.

Ihre Meinung als StimmbürgerIn ist auch gefragt bei der Abstimmung über die Fünftageweche an der Volksschule in Uster. Auch hier gilt es, Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen. Was für die einen einfach nur ein lockeres Wochenende bedeutet, kann anderen ernsthafte Schwierigkeiten bereiten. Die Beiträge ab Seite 14 zeigen Ihnen ein paar unterschiedliche Gedanken zu diesem Thema.

Nur wenig mit der Schule zu tun hat der Beitrag einer Schülerin auf Seite 18. Mit dem Bericht über die Jugendsession in Bern zeigt eine 16jährige Ustermerin, dass es auch heute Jugendliche gibt, die sich für Politik interessieren, die mitdenken und sich in die Geschicke unseres Staates einmischen wollen. Es würde mich besonders freuen, wenn hier eine Jugend gross wird, die sich später nicht auf die Seite der «Schweigenden Mehrheit» schlägt, sondern aktiv mithilft, unseren Staat für die Zukunft einzurichten.

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	8'500
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredde Gut, Patrick Höhener, Marlies Hürlimann, Rolf Murbach,
Layout:	Fredde Gut
Vertrieb:	Robert Inderbitzin
Druck:	Ropress Zürich

Zur Abstimmung: **JA** zur Absenkung der Dammstrasse

Strassenverkehr und Demokratie

Von Christine Weidmann

Nachdem der Gemeinderat am 2. Oktober 95 mit 25:5 Stimmen ja sagte zur Absenkung der Dammstrasse und dafür einen Kredit von 800 000 Franken bewilligte, war bereits klar, dass gegen diesen Beschluss das Referendum ergriffen und zustande kommen würde.



(Bild: Archiv)

Die Interessengemeinschaft aus betroffenen Anwohnern sagen, dies sei St. Florianspolitik, den Verkehr einfach ein paar hundert Meter verschieben, und zudem sei dies Salamiakt in Richtung Bau der Moosackerstrasse. Die Opposition aus den Reihen der Betroffenen ist verständlich. Wenn man betroffen ist durch ein Verkehrsbauprojekt, ist die Wahrnehmung eindeutig; nämlich ganz subjektiv. Es passiert vor meiner eigenen Haustüre, ich fühle mich betroffen, also wehre ich mich dagegen. Verkehrsprojekte gehen fast nie ohne Opposition über die Bühne, weil es eigentlich immer direkt Betroffene gibt.

Demokratie in der Verkehrspolitik

Demokratie im Strassenverkehr ist etwas Schwieriges, ja vielleicht gar Unmögliches. Von AnwohnerInnen die selbstlose Einsicht zu verlangen, dass eine Verlegung bzw. Zusammenlegung des Verkehrs wie eben an der Dammstrasse, die Stadt dafür im Zentrum von Durchgangsverkehr entlastet und dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, ein attraktives Zentrum für Velo- und FussgängerInnen zu machen, ist wahrscheinlich zu viel verlangt.

Eine Stadt - und die Stadt sind ja eigentlich wir alle, die in ihr leben - muss sich jedoch die Frage stellen, ob sie den Verkehr mittels Konzept führen und lenken will, oder ob sie sich sagt, wir lassen ihn überall durch, wo er will, dann haben alle etwas davon. Ich bin für die erste Version und glaube, dass das überparteilich erarbeitete Konzept 'Uster Mitte' eine gute Grundidee darstellt. Damit wäre eine verkehrsberuhigte, zum Teil sogar verkehrsfreie Mitte möglich. Ein Zentrum inmitten der Stadt, welches aufgewertet, belebt, und be-

gegnungsfreudiger gestaltet werden könnte. Vorrang hätten da die Menschen zu Fuss, mit Velo und Kinderwagen, vorrang hätte das Einkaufen, die Strassencafés, der Flohmarkt etc.

Die allerneueste Stadt der Zukunft zum Beispiel, welche zur Zeit in Florida entsteht, zelebriert wieder die heile Vergangenheit. Wichtigstes Merk-



Die Absenkung der Dammstrasse ist eine Voraussetzung für ein verkehrsberuhigtes Zentrum.

mal dabei: das Auto wird rigoros in den Hintergrund gedrängt. Die Menschen sollen zu Fuss und per Velo das Stadtzentrum beleben. Durchs Autofenster, so habe man erkannt, entsteht keine Nachbarschaft. Leben und Konsum gehören zusammen, das Leben muss rund um die Uhr pulsieren. Die Zeit der reinen Einkaufsstrassen und Shopping-Centers sei vorbei, heisst es, denn die sind nachts und am Wochenende ausgestorben.

Warum die Dammstrasse?

Die Stadt Uster hat dem Kanton signalisiert, dass sie den Nord-Süd-Verkehr nicht mitten durchs Zentrum will. Also wurde die Linienführung Zentral-Bahnhof- Brunnenstrasse aus dem Richtplan gestrichen und dafür die Route Oberland- Damm-Berchtholdstrasse in den kantonalen Richtplan aufgenommen.

Verkehrsführung auf bestehenden Strassen ist ein zentrales Anliegen nicht nur von SP-PolitikerInnen, in den Werkstattgesprächen zeigte man sich darin einig. Das Konzept 'Uster Mitte' ist an sich sehr hausälterisch, aber natürlich kann man sich über die Routenführung noch lange und an vielen Punkten aufhalten. Und natürlich ist vieles noch gar nicht ausdiskutiert. So zum Beispiel die berühmte berichtigte Moosackerstrasse.

Die Absenkung der Dammstrasse ist nicht die Voraussetzung für die Moosackerstrasse, aber eine wichtige Voraussetzung für die verkehrsbe-

ruhigte Mitte von Uster.

Das Konzept 'Uster Mitte' ist auch ohne Moosackerstrasse möglich. Der Bau derselben ist ja dank Finanzknappheit des Kantons ohnehin in weite Ferne gerückt. Die Erfahrungen werden zuerst zeigen müssen, ob eine Moosackerstrasse dereinst einmal nötig ist. Das muss also nicht heute zu Ende diskutiert werden.

SP-Verkehrspolitik in Uster

Um in der Verkehrspolitik einer Stadt überhaupt ein Konzept erarbeiten zu können, welches politische Chancen auf seine Durchführbarkeit hat, müssen die politischen Parteien schon in der Erarbeitungsphase daran beteiligt werden. Dies hat sich in Uster in den Werkstattgesprächen der drei grossen Parteien als fruchtbare Gangart erwiesen. Es hat sich gezeigt, dass durch gemeinsames Erörtern der Problematik viele politische Blockaden gar nicht erst entstehen. Natürlich heisst das nicht, dass alles problemlos und mit Einigkeit passiert. Die SP-Fraktion hat ja trotz dieser laufenden Gespräche mittels einer Interpellation dem Stadtrat Druck aufgesetzt, damit im Zuge der Absenkung Dammstrasse auch rasch der nächste Schritt, nämlich die Schliessung des

«Demokratie im Strassenverkehr ist etwas Schwieriges, ja vielleicht gar Unmögliches.»

Bahnübergangs Brunnenstrasse für den motorisierten Verkehr an die Hand genommen wird. Bei der SP-internen Diskussion um die Dammstrasse wurde moniert, die SP habe kein Verkehrskonzept oder eben ein falsches und mache zu wenig Opposition, nur ist ja Opposition alleine noch kein Konzept, und zudem glaube ich, dass die SP es sich nicht leisten kann, in Verkehrsfragen nur auf Betroffenheitspolitik zu machen. Wir können nicht einfach nur nein sagen. Wir müssen konstruktiv und kritisch aber über den eigenen Gartenhag hinaus mitplanen, mitdenken, mitbestimmen.

Die Absenkung der Dammstrasse ist eine notwendiger Mosaikstein zur Umsetzung von 'Uster Mitte', und da müssen wir zustimmen. Wir müssen und werden uns weiterhin stark machen für eine konsequente Umsetzung von 'Uster Mitte', und es gibt noch viele Probleme zu lösen. Da muss die SP dranbleiben.

Streifzüge durch zwanzig Jahre Verkehrspolitik der SP Uster

Noch immer rot und

von Jean-Pierre Kuster



J.P. Kuster in den 70er Jahren.
Bild: Archiv

Vor zwanzig Jahren bin ich von der SP Wetzikon in die SP Uster übergetreten. Meine politische Herkunft: eine lebendige, auch von Intellektuellen wie Felix Brun oder Heinrich Schmid geprägte Sektion, in der bereits vor 1968 Marx, Bakunin oder Leonhard Ragaz Thema waren. Eine Sektion

auch, die durch den Widerstand gegen die geplante Führung der Oberlandautobahn früh in Richtung einer neuen Verkehrspolitik sensibilisiert worden war.

...

SP Uster 1976: eine überalterte Sektion. Der konservative SMUV-Flügel ist noch stark präsent. Eine Sektion im Umbruch allerdings, nach aussen vertreten durch eine junge Präsidentin und neue Leute, im Innern geprägt von der alten Garde, für welche die Chance zum Erwerb eines Automobils Ausdruck des sozialen Erfolges der Arbeiterbewegung ist.

...

Dies wurde auch ersichtlich in der Stellung zur Oberland-Autobahn: Diese war nicht bestritten. Verzicht auf einen von drei Anschlüssen, Verzicht auf den Rastplatz, das war die oppositionelle Position der SP Uster. Daneben stand der Einsatz für die Besserstellung der Fussgänger mit der Petition «Grüne Welle für Fussgänger» auf der Zürichstrasse im Vordergrund. Und es gab die verkehrspolitischen Dauerbrenner der siebziger Jahre, die Wildbergstrasse, Steigstrasse und Wermatswilerstrasse, als immer wiederkehrende Traktanden, mit Abstimmungserfolgen meist für unsere Seite.



(Bild: Archiv)

Die SP Uster auf einem ihrer traditionellen Velo-Ausflüge.

...

In einer bereits gewandelten Sektion wurde die Haltung zur Oberland-Autobahn 1977 revidiert. An der Sektionsversammlung vom 3. März wurde die Forderung nach einer zweispurigen Umfahrungsstrasse zur offiziellen Position

der SP Uster. Persönlich bleibt mir die Heftigkeit der Diskussion in nachhaltiger Erinnerung: Nachdem die Würfel gefallen waren, stürzte sich Genosse W. mit fuchsrotem Kopf und wüsten Worten auf mich, dass ich um meine Gesundheit zu bangen begann...

...

Diese Versammlung bedeutete ein wichtiger Markstein in Richtung einer neuen, nun grün ausgerichteten Verkehrspolitik. Mit den im Sommer 1977 verabschiedeten verkehrspolitischen Grundsätzen der SP Uster wurde eine Position bezogen, welche auch heute noch in ihren Grundzügen gilt: Priorität für den öffentlichen Verkehr, Beruhigung der Zürichstrasse. Die bevorstehende Umfahrung mit all ihren Konsequenzen blieb das dominierende Thema, Ideen für den Veloverkehr waren noch kaum konkretisiert.

...

Zentral für die Umsetzung der neuen Positionen wurde die 1979 gegründete «Überparteiliche Arbeitsgruppe Planung und Verkehr». Dieser gehörten vor allem junge SP-Mitglieder wie Ludi Fuchs, Rosmarie und Willi Zollinger und einige LdU-Leute um Paul Stopper an. Diese Gruppe entfaltete rasch grosse Aktivitäten, die für die künftige Entwicklung von Uster von Bedeutung wurden.

...

Die SP Uster hatte sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mitgliedermässig grundlegend gewandelt. Dies manifestierte sich auch in einer recht fundamentalistischen Haltung. Sozialdemokratie



(Bild: Archiv)

Während vielen Jahren war die SP Uster mit ihrer Verkehrspolitik sehr erfolgreich.

und Auto, das vertrug sich nur noch schlecht und wer mit einem Auto vorfuhr, musste mit missbilligenden Blicken rechnen. Wer gar motorisiert an eine Parteiversammlung kam, tat gut daran, sein Fahrzeug einige Strassen weiter weg zu parken, um sich dann mit einer Unschuldsmiene unter die Fussgänger und Velofahrer zu mischen...

...

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre dominierten Planung und Verkehr alle übrigen Themen. An- und ausgeführt von der überparteilichen Arbeitsgruppe, wurden grosse Aktivitäten entfaltet. Auf der Strasse, mit Kundgebungen und Festen im Zentrum von 1981 bis 1983, mit welchen der Idee eines verkehrsfreien Zentrums zum Durchbruch verholfen werden sollte, mit Velodemonstrationen, mit Petitionen, Initiativen und Referenden.

...

Die Initiative für die Sicherheit der Fussgänger und Velofahrer wurde im Juni 1980 mit über 1700 Unterschriften eingereicht und am 31. Januar 1992, nach einem heftigen Abstimmungskampf, an der Urne deutlich angenommen. Nachdem bis jetzt mit Referenden Erfolge erzielt werden konnten, wurde nun erstmals eine Initiative durchgebracht.

...

Gegen die Grünroten von SP und Landesring ging in Uster nichts mehr. 1982 und 1984 wurde der regionale Gesamtplan, in Uster primär wegen dem Strassenplan, zweimal bachab geschickt, der Aus-

grün und konsequent?

Absenkung der Unterführung Dammstrasse

Bei der Drucklegung dieses FORUMS war die Abstimmungsparole der SP Uster zur Absenkung der Dammstrasse noch nicht gefasst.

Die SP-Gemeinderätin Christine Weidmann (S.3) und der SP-Gemeinderat Robert Inderbitzin (S.6/7) vertreten in diesem FORUM die Mehrheitsmeinung in der SP Uster. Mit dem Beitrag von Kurt Spiess (SP) kommt auf den Seiten 8/9 auch die Minderheit zu Wort.

bau der Sonnenberg- und Wermatswilerstrasse wurde gestoppt. Die Arbeitsgruppe, welche sich 1983 den programmatischen Namen «Uster statt Beton» gegeben hatte, war Ausdruck einer damals noch geeinten Position. Und die hiess: keine neuen Strassen, auch kein Ausbau von Strassen. Und folglich war die SP gegen den Nordzubringer, gegen die Moosackerstrasse, gegen den Ausbau der Kreuz- und Oberlandstrasse und für die endgültige Beerdigung der Planungsleiche Südtangente. Das hiess damals aber auch: gegen den Ausbau der Gschwaderstrasse, gegen die Unterführung Dammstrasse und für die noch heute von Paul Stopper vehement vertretene Lösung Winterthurerstrasse.

...

Es waren weitere Initiativen eingereicht worden: Für ein fussgängerfreundliches Zentrum und für ein



1991 verdienten die obersten 10 Prozent der Zürcher Bevölkerung 48mal mehr als die untersten 10 Prozent* - und heute wird's noch schlimmer sein.

Dies ist ein Resultat bürgerlicher Steuerpolitik und deren Marktwirtschafts-Fundamentalismus.

(*Studie Büro BASS, Bern, Nov. 1994)

Es ist höchste Zeit für Gerechtigkeit.

SP Uster, Postfach, 8610 Uster

(Für weitere SPUTZ-Insertate: PC 80-51253-5, Stichwort: SPUTZ)

lokales Veloweg-Netz. Beide Vorstösse konnten später aufgrund von Gegenvorschlägen des Parlamentes zurückgezogen werden. Der Beton war aufgeweicht worden, es waren nun Kompromisse möglich. Diese Aenderung ist vor allem mit einem Namen verbunden: Ludi Fuchs war 1986 in den Stadtrat gewählt worden. Die SP war nun in der Planung plötzlich nicht mehr Oppositionspartei, sondern durch ihren Vertreter in die Verantwortung eingebunden, federführend tätig. Gleichzeitig waren auch die Betonköpfe im Stadtrat zurückgetreten oder abgewählt worden.

...



(Bild: Archiv)

Baustelle: Oberlandautobahn.

Mit dem Bau der Oberlandautobahn sollte das Zentrum Uster vom Verkehr entlastet werden.

Dies hatte Folgen: Die lange Zeit einseitig auf den Verkehr ausgerichtete Sichtweise wurde erweitert: Stadtentwicklung und Architektur waren nun die Themen. Die Gruppe «Uster statt Beton» löste sich auf, für kurze Zeit tauchte eine SP-Arbeitsgruppe Verkehr auf, welche durch eine ebenfalls kurzlebige Arbeitsgruppe Stadtentwicklung abgelöst wurde. Der Zeughaus-Wettbewerb und die Motion Rännelfeld waren die sichtbaren Zeichen für die neuen, erweiterten Fragestellungen.

...

Die Ideenführerschaft wechselte von der Partei zur Fraktion. Die Zusammenarbeit mit der Leaderin des bürgerlichen Lagers, der FDP, wurde gesucht und half mit, den Beton, der Usters Verkehrspolitik so lange blockiert hatte, aufzulösen. Die Parkplatz-Initiative der SP, welche dank der Zusammenarbeit mit der FDP zugunsten einer guten Verordnung zurückgezogen werden konnten, war Ausdruck der neuen Politik wie auch die Verständigung über den Rückbau der Zürich-Flora-Aathalstrasse.

...

Bisher Undenkbares wurde nun denkbar, Positionen wurden revidiert: Mit der Ablehnung Loren-Initiative des LdU und der Zustimmung zum Planungskonzept des Stadtrates wurde auch der Nordzubringer, redimensioniert zur Erschliessungsstrasse, von der SP akzeptiert. Das Konzept Winterthurerstrasse war damit beerdigt, die Zusammenarbeit mit Stoppers Landesring aber auch.

...

1988 wurde die Oberlandautobahn eröffnet. Die bereits Anfang der achtziger Jahre versprochene Redimensionierung der Zürichstrasse war erst 1986 durch Stadtrat Fuchs zügig in Angriff genommen worden. Die Vorlage scheiterte in der Volksabstimmung. SVP und Autopartei war es gelungen, diese für die Zentrumsentwicklung von Uster wichtige Vorlage zu verhindern.

...

Auf Initiative von Ludi Fuchs wurde nun konsequenterweise auch die SVP in eine überparteiliche Arbeitsgruppe Stadtentwicklung eingebunden. Aus dieser Zusammenarbeit gingen neue und alte Ideen für das Zentrum hervor. Diese Entwicklung führte bei uns dazu, dass auch bisherige Tabus zur Diskussion gestellt wurden. So stand erstmals im Januar 1992 im FORUM zu lesen, dass die Moosackerstrasse zu diskutieren sei - Zubringer Nord, Unterführung Dammstrasse, bald auch die Moosacherstrasse? Abkehr von einer konsequenten Politik oder realistische Wahl?



(Bild: Archiv)

Die SP Uster gratuliert Heidi Witzig zur Wahl als Präsidentin der Entwicklungsorganisation «Solifonds».

«Absenkung Unterführung Dammstrasse»Ja

«Uster - Mitte» –

von Robert Inderbitzin



Es gibt Leute, die sagen, das Beste an Uster sei die gute Verbindung nach Zürich. Ich meine, Uster ist mehr als ein Vorort von Zürich, und wenn wir hier leben und arbeiten wollen, müssen wir dafür die besten Voraussetzungen schaffen. Diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen ist seit den Zeiten des SP-Tiefbau- und Planungs-Stadtrates Ludi Fuchs ein Anliegen, das die drei grossen Parteien SP, FdP und SVP – nach Jahren des unfruchtbaren Grabenkrieges – gemeinsam angehen. Die SP nimmt dabei je nach Projekt verschiedene Rollen ein: Beim Gestaltungsplan Loren ging es uns darum, soziale und ökologische Aspekte in der Planung zu verankern. Bei der Zentrumsgestaltung war die SP die erste Partei, die sich auf die Suche nach Usters Mitte aufmachte.

Was ist in Uster, 13 S-Bahn-Minuten von Zürich entfernt, an Stadtentwicklung möglich? «Uster-Mitte» bedeutet eine Abkehr von der autogerechten Innenstadt, eine Abkehr von der Verkehrspolitik der 50er und 60er Jahre deren Resultat unter anderem die stadttrennende Zürichstrasse ist. Es geht nicht um die Verlegung der Wilstrasse und es geht nicht um den Bau der Moosackerstrasse. Es geht um das Absenken der Dammstrasse, damit das Zentrum vom Durchgangsverkehr entlastet werden kann. Der Autoverkehr wird tatsächlich «nur» um ein paar, für das zu entlastende Zentrum allerdings entscheidende hundert Meter westwärts verschoben.

Parolen der SP zu den Abstimmungen am 10. März

Bund:

- **JA** zum Sprachenartikel: Für besseren Schutz der rätoromanischen und italienischen Sprache.
- **JA** zum Übertritt von Vellerat zum Kanton Jura: Die Vorlage ist unbestritten.
- **JA** zur Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung von Armeeangehörigen, und **JA** zur Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein: Aufhebung von überholten Beschlüssen.
- **STIMMFREIGABE** zur Aufhebung der Bundesbeiträge an Bahnhofsparkanlagen: Unklare Beurteilung der Auswirkungen.

Kanton Zürich

- **JA zur Erhebung kostendeckender Hochschulbeiträge von den Nichthochschulkantonen.** Für eine faire Lastenverteilung: Der Kanton Zürich will künftig für ausserkantonale Studierende von deren Wohnkanton kostendeckende Beiträge erheben und könnte damit ein ungedecktes Loch von rund 50 Millionen Franken stopfen.
- **NEIN zur Volksinitiative «gegen Meinungsüberwachung».** Unnötig und untauglich: Die aus VPM-Kreisen eingereichte Initiative ist eine Mischung von Forderungen, die in entsprechenden Gesetzen schon verankert sind, oder die keinen Sinn machen.
- **NEIN zur SD-Initiative «Stopp der importierten Arbeitslosigkeit».** Undurchführbar und am Problem vorbei: Die Forderung, wonach in Berufsgruppen mit über 3 % Arbeitslosen keine Ausländerbewilligungen mehr erteilt werden, ist praktisch und rechtlich undurchführbar.
- **JA zur Einzelinitiative betr. Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz:** Kein städtisches Steuergeld für eine unsinnige Autobahn: Konkret müsste die Stadt Zürich rund 500 Mio. Fr. an die verkehrspolitisch fragwürdige Sihltiefstrasse zahlen, obwohl sie diese gar nicht will. Deshalb sagen SP sowie die Mehrheit des Kantonsrats Ja zur Einzelinitiative, die den Bau verhindern will.

Stadt Uster

- **Fünftageswoche:** Lesen sie dazu auf den Seiten 14-17
- **Tieflegung der Unterführung Dammstrasse:** Lesen Sie auf den Seiten 3-13

Bei Redaktionsschluss dieser Zeitung standen die Parolen der SPU noch nicht fest. Entnehmen sie diese bitte der Tageszeitung oder erkundigen Sie sich bei der Präsidentin der SP Uster, V. Steinlin-Berger, Tel. 940 68 03.

eine Chance für Uster!

Behauptungen der Gegner

«...bestehende Strassenzüge müssten verbreitert werden.»

«...der Kreisel an der Oberlandstrasse müsste ausgebaut werden.»

«...die Kreuzung Damm-/Bank-/Berchtoldstrasse müsste verbreitert werden.»

«...die Einmündung an der Berchtold-/Wintherthurerstrasse müsste neu gebaut werden.»

«...ein Kreisel an der Post-/Zürich-/Seestrasse müsste neu gebaut werden.»

«...die Moosackerstrasse müsste gebaut werden, sonst bleibt das Ganze teures und unsinniges Stückwerk.»

«...das Programm heisst, den Verkehr verflüssigen, also schnellere Strassen bauen.»

«... für ganz Uster gehen wichtige Naherholungsgebiete verloren.»

«... Uster-Mitte gibt keine Antworten zu den Kernfragen der zukünftigen Zentrumsentwicklung.»

«...warum keine schlanke Lösung?»

Richtigstellungen aus der Sicht des Präsidenten der Raumplanungskommission, Robert Inderbitzin SP

Die Umleitung des Durchgangsverkehrs über die Oberlandstrasse bis zum bestehenden Kreisel braucht eine Signalisation und eine die Signalisation unterstützende minimale Anpassung an der Kreuzung Brunnenstrasse. Keine Verbreiterung, keine Vergrösserung.

Weder der Kanton noch die Stadt haben diese Absicht. Der bestehende Kreisel genügt auch den Anforderungen des Durchgangsverkehrs.

Die Anpassung nach der Unterführung ist fertiggestellt. Sie muss nicht noch verbreitert werden. Es ist keine Rennbahn entstanden.

Eine weitere Kreiselösung könnte eventuell Vorteile für alle VerkehrsteilnehmerInnen bringen. Das Problem wird studiert. Bei einer Lösung, die mehr als 100'000 Franken kostet, ist das fakultative Referendum möglich.

Ein Kreisel an dieser Stelle würde das «Stop and go» auf der Zürichstrasse vermindern. Die Absenkung Dammstrasse hat damit aber direkt nichts zu tun.

Die Absenkung der Dammstrasse macht den Bau dieser Strasse nicht nötig. Die Moosackerstrasse ist im Konzept «Uster-Mitte» für die Jahre 2005-2015 vorgesehen. Der Kanton hat diese Strasse lange vor «Uster-Mitte» als Umfahrungsstrasse in den Richtplan aufgenommen. Ob sie je gebaut wird, ist mehr als fraglich. Die Finanzen fehlen. Eine separate Volksabstimmung ist zwingend. Der Durchgangsverkehr, der über die untere Brunnen- und die Bahnhofstrasse gerollt ist, kann über das bestehende Strassennetz verteilt werden.

«Uster-Mitte» ist kein Strassenbauprogramm. Die Absenkung der Dammstrasse macht diese oder andere Strassen nicht schneller. Kreisel verlangsamen den Verkehr, wenn möglich ohne ihn zu stoppen. Die Absenkung der Dammstrasse und die dadurch mögliche Umleitung des Durchgangsverkehrs lösen die Staus in der Brunnenstrasse und in der Bahnhofstrasse.

Der Durchgangsverkehr wird nach der Absenkung kein Naherholungsgebiet treffen. Die Umleitung schafft aber ein vom Durchgangsverkehr entlastetes Zentrum.

Verkehrs- und Erschliessungsfragen nehmen tatsächlich einen grossen Raum im Konzept ein. Soll das Zentrum attraktiver werden, so müssen vor allem auch private Investoren Voraussetzungen finden, die den Standort Uster positiv von anderen Standorten abheben. Der Durchgangsverkehr vor der Ladentüre, vor dem Kleintheater, vor dem Jugendtreff usw. hemmt jede Initiative.

Die Absenkung der Dammstrasse als Voraussetzung für die Umleitung des Durchgangsverkehrs ist die schlanke Lösung. Jeder und jede StimmbürgerIn kann dies anhand eines Stadtplans überprüfen. Wer nein zur Absenkung sagt, will keine Änderung an der Verkehrsführung im Zentrum, aus welchen Gründen auch immer.



(Bild: Archiv)

NEIN zum Ausbau der Unterführung Dammstrasse

«Uster Mitte»: Nicht noch mehr

Von Kurt Spiess

«Uster Mitte» ...

Usters Zentrum soll vom Verkehr entlastet werden. Das ist eine gute Idee, und wir alle finden das richtig und nötig! Allerdings: Quer durch Uster müssen dazu bestehende

Strassenzüge verbreitert und vergrössert werden: Die Kreuzung Brunnen-/Oberlandstrasse und der Kreisel an der Post-/Zürich-/Seestrasse neu gebaut werden. Komplet neu gebaut werden auch die wegen ihrer Umweltbelastung heftig umstrittene Moosacker- und untere Wilstrasse. Das Programm, den «Verkehr verflüssigen» heisst «bessere» und leistungsfähigere Strassen zu bauen. Das sind aber auch schnellere Strassen, die (noch) mehr Verkehr in Uster anziehen werden.

«Uster Mitte» löst die Verkehrsprobleme in Uster nicht, sondern verschiebt sie um ein paar hundert Meter in die dichtbesiedelten zentrumsnahen Wohnquartiere. Für die von der geplanten Verkehrsumlagerung betroffenen UstermerInnen an den neuen Hauptstrassen bedeutet diese «städtebauliche Zukunftsvision» enorme neue Verkehrsbelastungen, und für ganz Uster gehen wichtige Naherholungsgebiete verloren. Gesamthaft gesehen ist die neue Belastung in den Wohnquartieren grösser als die Entlastung im Zentrum. Kein Wunder stossen die Ausbaupläne auf massive Opposition weit über die betroffenen Quartiere hinaus. Die Verwirklichung des Konzepts zerstört in einem massiven Umfang Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt!

... ein teures Strassenbauprogramm...

Was all die geplanten Aus- und Neubauten der Strassenzüge kosten werden, weiss man nicht. Schätzungen sprechen von zwischen 20 und 35 Millionen Franken. Das Konzept soll in Stücken



Verlagerung des Verkehrs um ein paar hundert Meter.

verwirklicht werden. Mit dieser «Salomitaktik» kann man beginnen, ohne die Gesamtkosten vors Volk bringen zu müssen. Mit dem Bau von Teilstücken werden dann laufend neue Sachzwänge für die Fortsetzung geschaffen. Allerdings besteht auch die Möglichkeit, dass mitten drin Schnauf und Geld ausgehen. Wird z.B. der Kanton die besonders umstrittene Moosackerstrasse nicht bauen, bleibt das Ganze teures und unsinniges Stückwerk.

... damit der Einkaufsverkehr besser rollt?

«Uster Mitte» weckt die Hoffnung auf ein verkehrsfreies, fussgängerfreundliches Zentrum. Doch das ist Wunschdenken, eine Illusion. Die Geschäfte und Einkaufszentren werden auch in Zukunft mit dem Auto zu erreichen sein; die Parkplätze in den Tiefgaragen werden sicher nicht leer stehen.

Der politische Konsens der Gemeinderatsmehrheit dürfte bis zum Bau der neuen Strassenzüge reichen, nachfolgende, griffige Massnahmen zur Verkehrsberuhigung werden sich aber kaum verwirklichen lassen. Im Endergebnis wird der Durchgangsverkehr aus dem Zentrum weggenommen, und der Einkaufsverkehr kann besser ins Zentrum rollen.

Zentrale Fragen zur Zentrumsentwicklung bleiben ungeklärt

«Uster Mitte» ist von GemeinderätInnen der SP, SVP und FdP mit der Planungsabteilung

der Stadt entwickelt worden. Die Beteiligten geben jedoch keine Antworten zu den Kernfragen der zukünftigen Zentrumsentwicklung.

Warum haben die PolitikerInnen keine Stellung dazu genommen, wie Usters Zentrum eigentlich aussehen soll? Was soll dort sein, was will man nicht? Noch mehr Einkaufszentren? Als Konsument brauche ich persönlich weder den Abend- und Sonntagsbetrieb des neuen Coop noch das neue Einkaufszentrum an der Poststrasse. Ich wünschte mir hingegen mehr Orte der Begegnung, an denen z.B. Kultur (auch Esskultur...) stattfindet - aber ist so etwas möglich, 13 S-Bahn Minuten von Zürich entfernt?

Wo und wie soll und will die Stadt auf die Entwicklung im Zentrum aktiv und mitgestaltenden Einfluss nehmen? Etwa beim BUAG-Areal oder im Gebiet zwischen Bahnhof- und Poststrasse? Auch die Frage, wie aus dem grossen öffentlichen Grundbesitz in der Stadtmitte - z.B. im Gebiet Stadtpark, Untere Farb, Püntschulhaus, Landihalle langfristig mehr gemacht werden kann, wäre doch einen grossen politischen Konsens wert!

Aus SP-Sicht bedaure ich besonders, dass es unseren GemeinderätInnen nicht gelungen ist, zusammen mit ihren Kollegen der SVP und FdP Lösungen für den Rückbau und die Gestaltung der Zürichstrasse zu entwickeln!

Schade, dass «Uster Mitte» bloss ein Verkehrs- und Strassenbaukonzept ist!

Ein ärgerliches Projekt!

Warum haben die PolitikerInnen und PlanerInnen wieder die alte Verkehrsplanung mit den

Geld für den Strassenbau?



(Bild: Kurt Spiess)

Zerstörung von Naherholungsgebieten: hier soll die Moosackerstrasse gebaut werden.

neuen Strassenbauten Moosacker/Wil/Damm/Oberlandstrasse aufgewärmt? Wir wissen doch, dass all die vielen Strassenbauten der sechziger und siebziger Jahre zwar viel Mehrverkehr gebracht, die Lebensqualität aber kaum verbessert haben! Warum keine neuen Ideen, welche auch ökologisch überzeugen? Warum die alten Polarisierungen statt einer kreativen Suche nach konsensorientierten und besseren Lösungen? Was mich besonders wütend macht: Überall sonst wird nur noch gespart und für gar nichts mehr ist Geld da, im Bildungs-, im Sozial- und Gesundheitsbereich soll gar rigoros abgebaut werden. Hier aber sollen mit einer Selbstverständlichkeit enorme Beträge verbaut werden. «Geld und Projekte sind vorhanden», versichert dazu Stadtrat Aepli im ZO. 80 cm Dammstrassenabsenkung kosten 800'000 Franken und für 100 Meter Wilstrasse will der Kanton 1,9 Millionen ausgeben: Derartige Projekte passen doch nicht mehr ins Jahr 1996!

Alternativen aus SP- Sicht: «Schlanke» Lösungen statt Baggerzahn- und Teerkonzepte

Die SP bekämpft unnötige und unsinnige Strassenprojekte. SP Politik orientiert sich statt dessen an an den Bedürfnissen der Umwelt und der Bevölkerung.

- Lebensräume erhalten und gestalten - keine Techno-Lösungen im Strassenbau.
- Den Verkehr limitieren und reduzieren - statt Kapazitäten erweitern und neue Parkplätze schaffen.

- Eine Vielzahl von kleinen Massnahmen kurzfristig realisieren - statt kostspielige Strassenbaukonzepte.
- Der Lebensqualität in Uster auch im Kleinen Sorge tragen.

Das Konzept «Uster Mitte» in der heutigen Form ist der falsche Weg. Es muss überarbeitet und zu einem Konzept «Zentrum schlank» ohne grosse Verkehrsverlagerungen und neue Strassenbauprojekte weiterentwickelt werden. Die Monatsversammlung der SP Uster hat dazu eine Arbeitsgruppe eingesetzt!

Aus SP-Sicht ist für mich der Ausbau der Unterführung Dammstrasse abzulehnen. 800'000 Franken für 80 cm Absenkung - und erst noch mit Geld bezahlt, welches die Stadt nicht hat und dafür Kredit aufnehmen muss - das ist Verhältnisblödsinn - unsere Steuergelder sollten sinnvoller ausge-

geben werden. Nein - die Vorlage Dammstrassenunterführung muss am 10. März abgelehnt werden, damit der Weg für bessere und zeitgemässere Lösungen frei wird.

Moosackerstrasse - Wilstrasse - Unterführung Dammstrasse: ungeliebte Planungsprojekte von «Uster Mitte»

1982-1984	Zweimaliges Referendum gegen den Regionalplan mit der Moosackerstrasse; beide Male wird der Plan abgelehnt. Der Regierungsrat des Kantons Zürich setzt daraufhin den Regionalplan trotzdem in Kraft.
1986	Petition mit 1108 Unterschriften (innerhalb von 14 Tagen gesammelt) gegen den Bau der Moosackerstrasse an den Stadtrat von Uster.
1995 Januar	Gegen das Projekt «Neubau Wilstrasse» werden 86 Einwendungen und Anregungen mit total 190 Unterschriften eingereicht u.a. von VCS, WWF, kant. Heimatschutz. Ein unabhängiges Expertengutachten zeigt, dass ein Neubau der Strasse gar nicht nötig ist und schlägt Alternativlösungen vor.
1995 Juni	Grosses Strassenfest der «IG Lebensqualität» gegen den Neubau der Wilstrasse auf dem geplanten Kreislauf an der Seestrasse.
1995 September	«Offener Brief» an den Stadtrat und Regierungsrat Hofmann mit 1666 Unterschriften gegen die Wilstrasse (innert drei Wochen gesammelt).
1995 November	Gegen den Beschluss des Gemeinderats zum Ausbau der Unterführung Dammstrasse ergreift die IG Oberlandstrasse das Referendum (1300 Unterschriften in 20 Tagen).

Inserat

GENOSSENSCHAFT

ROBIN
FOOD
WEINBAR
BIER
TAPAS
KÜCHE

Restaurant Sonne
Aathalstr. 5 8610 Uster
Tel 01 941 48 37

- Wir sind das Restaurant, welches Sie in Uster gerne besuchen würden, aber bisher vermissten.
- Wir sind als vielseitiger Betrieb eine Bereicherung für Uster; die beliebteste Beiz zum Essen, Trinken und als Treffpunkt.
- Wir betreiben keine Erlebnisastronomie, sind aber ein farbiger Ort für Uster zum Diskutieren und Geniessen, für's Tête à tête und zum Feiern.
- Wir pflegen eine saubere, klare, gemütliche Stimmung mit einer witzigen Note.
- Wir haben ein unkonventionelles, phantasievolles Angebot von konstant hoher Qualität, saisongerecht, mit Frischprodukten, auf schön angeordneten Tellern, auch für Vegetarier eine Freude.
- Wir bieten einen professionellen, freundlichen, persönlichen und selbstbewussten Service mit einem zügigen Mittagsservice.

Fehlt Ihnen ein Geschenk oder ist der Weinkeller leer ?

Unsere ausgezeichneten Weine gib's zu Ladenpreisen von Dienstag bis Sonntag bis Mitternacht.

Gutschein:
für eine Tasse Kaffee

vom Besten auf der Alpennordseite

Einzulösen zu unseren Öffnungszeiten:

Dienstag - Freitag 11 - 24 Uhr und

Samstag und Sonntag 16 - 24 Uhr

Das aktuelle FORUM-Interview

Rüdisühli löst mit Cybertraffic Usters Verkehrsproblem

Professor Rüdisühli ist wieder da! Ein Gespräch mit dem Lehrstuhlinhaber für Multimedia-Technologie über Usters Verkehrsprobleme.

Forum: Herr Professor Rüdisühli, im März stimmen die Bürgerinnen und Bürger über die Absenkung der Unterführung Dammstrasse ab. Wie wichtig ist der Ausgang dieser Volksbefragung im Hinblick auf eine Lösung der Verkehrsprobleme in Uster?

Prof. Rüdisühli: Eigentlich unwichtig. Da fah-

die parteiübergreifenden PolitikerInnen mit ihrem Projekt «Uster Mitte» ausgeheckt haben, ist ein romantischer Furz. Strassen und Plätze, die zum Verweilen einladen sollen, wie immer wieder phantasiert wird - womöglich mit Happy hour auf dem Kreisel - das ist doch zum Lachen. Die PolitikerInnen werden sich, wenn's konkret wird, wieder auf ihre Interessen besinnen. Zudem steht für grössere Würfe kein Geld zur Verfügung. Da ein Zubringer, dort eine Unterführung. Das können Sie vergessen.

Forum: Eine pessimistische Sicht der Dinge.

Prof. Rüdisühli: Mitnichten. Das Zauberwort heisst Cybertraffic.

Forum: Cybertraffic? Im Cyberspace?

Prof. Rüdisühli: Genau.

Forum: Und wie soll das funktionieren?

Prof. Rüdisühli: Ganz einfach. Wir müssen das Verkehrsproblem virtuell lösen. Das heisst, wir dürfen uns nicht mehr vom realen verkehrspolitischen Hickhack gefangennehmen lassen. Diese Moosackerquerelen und diese Barrieren- und Rotlichtdispute, die sind doch langweilig.

Forum: Aha.

Prof. Rüdisühli: Wir lösen die Sache am Bildschirm, eben in der virtuellen Realität. Und zwar jeder für sich. Der Verkehr wird vom realen Strassennetz in den Computer verlagert. Es gibt da schon ganz schöne Programme: fussgängerfreundliche, autofreiheitliche - was Sie wollen und für jeden Geschmack.

Forum: Jeder für sich?

Prof. Rüdisühli: Nehmen wir an, Sie und Ihr Auto

können die Warterei vor den ewig geschlossenen Barrieren nicht mehr ausstehen. Cybertraffic schafft dem Abhilfe. Mit dem Programm Patronsoft zum Beispiel baggern Sie in Sekunden-schnelle die schönsten Schneisen unter die Geleise. Per Mausclick ziehen Sie dann die Strassenbreite aufs gewünschte Mass, vierspurig, sechsspurig, wie Sie und Ihr Auto es brauchen. Die Programme sind zudem mit verschiedenen Specials ausgestattet. Gesetzt den Fall, das verkehrspolitische Gezänk fehlt Ihnen doch ein wenig, das heisst die Feindbilder. Kein Problem. Übers Menü fügen Sie eine Velofahrerin oder einen Fussgänger in die virtuelle Traumstrasse ein und lassen den auf der schnittigen Kühlerhaube Ihres Schlittens vollgas zappeln. Ein multimediale Leckerbissen.

Forum: Das ist aber unfair.

Prof. Rüdisühli: Überhaupt nicht. Es gibt ja, wie gesagt, verschiedene Programme. Zum Beispiel solche mit ökologischen Delikatessen: es hat plötzlich kein Benzin mehr, autofreie Sonntage, Strassenschwellen, alles, was das grüne Herz begehrt. Das Schöne an diesen Programmen ist: Sie können das Stadtbild und die Verkehrsführung absolut nach eigenem Gusto gestalten. Flanieren und Kaffeetrinken auf der heutigen Zürichstrasse, das ist mit Cybertraffic nicht mehr Utopie.

Forum: Aber dann hocken ja alle vor ihren Computern und fahren nur noch auf diesen simulierten Strassen, in diesem Cyberspace. Und die teuren Unterführungen, Zubringer und anderen Strassen brauchen wir gar nicht mehr.

Prof. Rüdisühli: Sehen Sie, so einfach ist das.

Mit Professor Rüdisühli sprach FORUM-Redaktor Rolf Murbach.



(Bild:Archiv)

Professor Rüdisühli: «Diese Moosackerquerelen und Barrierendispute sind doch langweilig.»

ren dann mehr Autos, dort weniger. So einfach ist das.

Forum: Ihre Antwort ist nicht sehr inspirierend. Immerhin wäre eine Absenkung der Dammstrasse ein Schritt Richtung «Uster Mitte», einem Projekt, das längerfristig ein verkehrsfreies Zentrum vorsieht.

Prof. Rüdisühli: Sie unterschätzen mich. Was da



Mit dem beiliegenden Einzahlungsschein dürfen Sie das FORUM auch mit einer Spende unterstützen. Die FORUM-Redaktion dankt Ihnen dafür herzlich.

Sie können das FORUM auch abonnieren. Senden Sie uns den ausgefüllten Talon und für nur 30 Franken haben Sie das FORUM 4x jährlich in Ihrem Briefkasten.

Ja, klar möchte ich das FORUM mitlesen.

Name:.....

Vorname:.....

Strasse:.....

PLZ/Wohnort:.....

Einsenden an: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1 PC 80 - 13434 - 8



Kreuzung Oberlandstrasse – Dammstrasse



Unterführung Dammstrasse



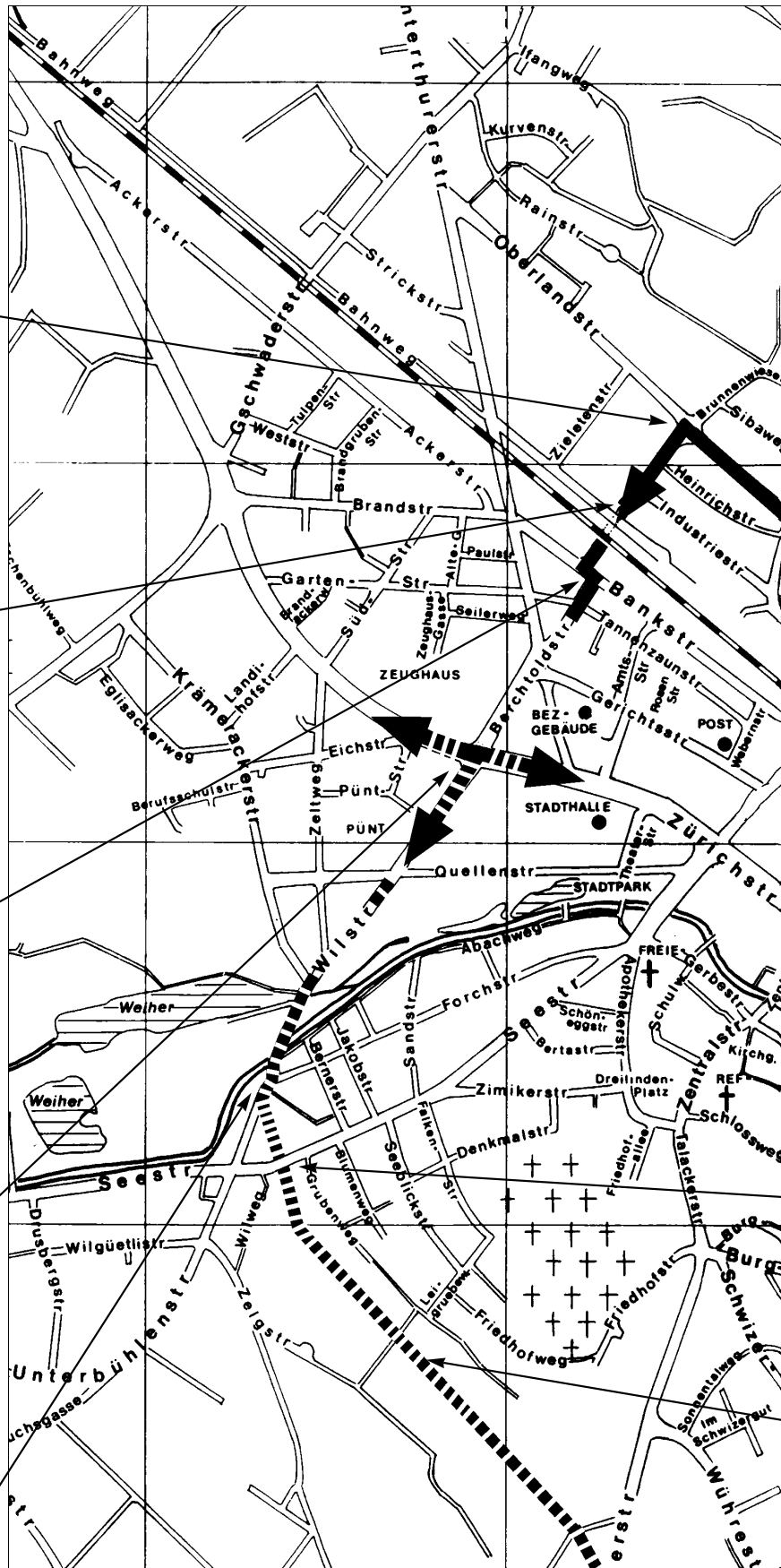
Kreuzung Damm-, Bank-, Berchtoldstrasse

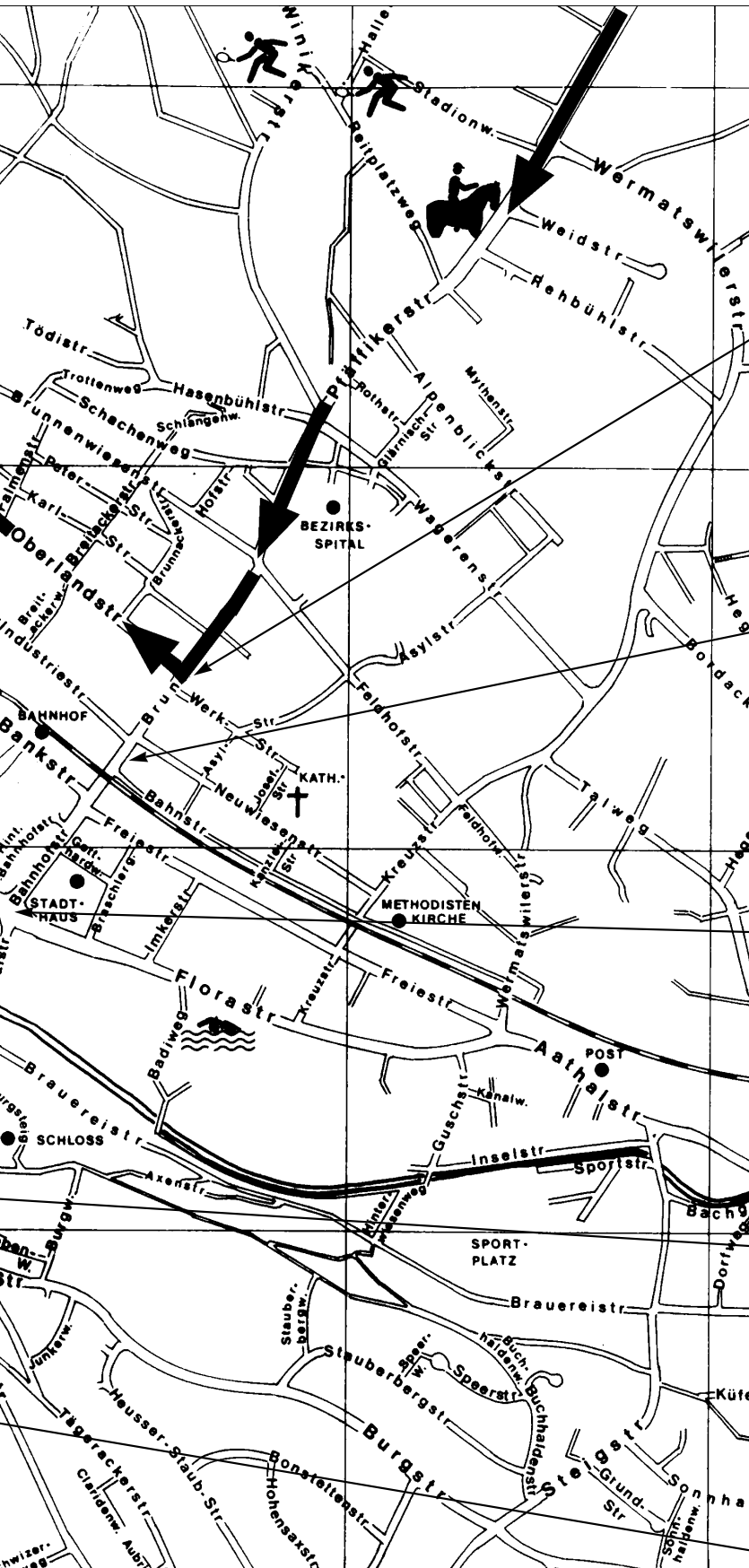


Kreuzung Berchtold-, Winterthurerstrasse (Jugendhaus)



Wilstrasse vor der Einmündung in die Seestrasse





Kreuzung Brunnenstrasse - Oberlandstrasse



Bahnübergang Brunnenstrasse



Sternenkreisel



Seestrasse vor der Einmündung der Wilstrasse



Linienführung der umstrittenen Moosackerstrasse

(Bilder: rm)

Drei Fachfrauen nehmen Stellung

Fünftageweche bald auch in Uster?

Auf den ersten Blick scheint die Fünftageweche unumstritten. Gespräche zeigen aber, dass die Meinungen in Uster bei weitem noch nicht gemacht sind. Um die Diskussion anzuregen und einen Beitrag zur Meinungsbildung für die Abstimmung vom 10. März zu leisten, haben sich für das FORUM Lydia Hässig und Marlies Hürlimann-Arnold mit drei Fachfrauen aus dem Schulbereich unterhalten. Und Forum Reporter Stefan Feldmann war auf der Strasse unterwegs, um weitere Meinungen einzufangen.

Interviewpartnerinnen waren Ruth Hedinger, Lehrerin in Pfaffhausen (Fällanden), wo die Fünftageweche im Schuljahr 92/93 probeweise eingeführt wurde, Monika Diana-Catenazzi, Oberstufenschulpflegerin, Uster, und Esther Porcelli-Gubler, Primarschulpflegerin, Uster.

Forum: Fünftageweche, heisst das fünf hektische Schultage für Eltern und Kinder?

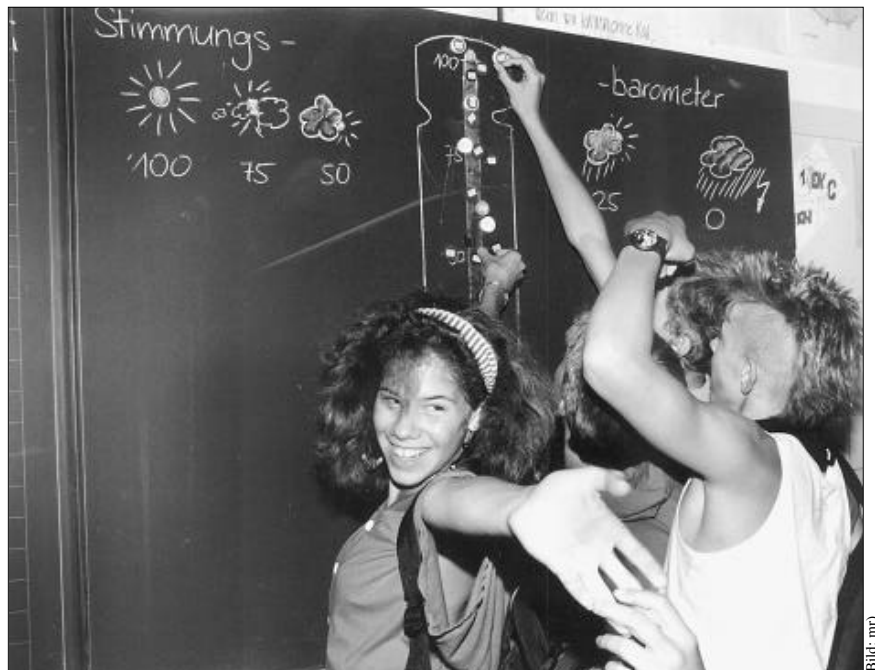
Ruth Hedinger: In der Fünftageweche ist die Wochenstundenzahl nicht erhöht. Bekanntlich hängen Stress und Hektik meist weniger von äusseren Umständen ab als von der fehlenden inneren Ruhe. Folgen drei bis fünf Lektionen hintereinander, muss gezwungenermassen mehr rhythmisiert werden. Dies liegt in der Verantwortung der LehrerInnen und ist somit eine Chance für alle musischen Bereiche. Die Kinder ihrerseits prüfen, wieviele Freizeitaktivitäten neben dem obligatorischen Pensum sinnvoll sind. In der heutigen Zeit kommen wir um diesen Lernweg nicht mehr herum. Bei uns in Pfaffhausen (Fällanden) erweist sich zudem die verlängerte Mittagspause (neu 125 Min.) als vorteilhaft.

Monika Diana/Esther Porcelli: Nein! bei einer

«Ich befürworte die Fünftageweche. Durch sie erhalten die Familien mehr Zeit, um sich mit sich selber zu beschäftigen.»
Renate Kummer, Hausfrau

geschickten Verteilung der Wochenstunden auf fünf Tage kann jegliche Hektik vermieden werden.

Forum: Zwei volle Tage frei am Wochenende -



Das Stimmungsbarometer steigt bei der Fünftageweche.

wie wird diese Zeit genutzt? Kommt die Erholung nicht zu kurz, weil die Familien sich vermehrt dem Ausflugsstress unterwerfen? Oder werden die Kinder einfach eher sich selbst überlassen?

Ruth Hedinger: Vom Ausflugsstress ist absolut nichts spürbar. Wir erleben vorallem einen ansteigenden Konsum von Beschäftigungen am Computer, dafür nimmt meines Erachtens das

me, freie Tage dienen der Erholung und führen zu einem gemeinsamen Familienleben. Die Befürchtung, dass vermehrter Ausflugsstress stattfindet, hat sich in den Gemeinden mit Fünftageweche nicht bestätigt. Die Tatsache, dass Kinder sich vermehrt selbst überlassen werden, hat mit diesem Thema nichts zu tun.

Forum: Der Samstag ist meistens auch der erwerbsfreie Tag der Eltern. Werden die Eltern durch den schulfreien Samstagmorgen nicht der einzigen paar freien Stunden beraubt, die sie ohne Kinder zusammen verbringen könnten?
Monika Diana/Esther Porcelli: Wir denken, die

«Ich glaube, es gibt Vor- und Nachteile. Dagegen spricht in meinen Augen klar, dass die Kinder unter einen grösseren Leistungsdruck geraten.»
Tobias Dinkelmann,
kfm. Angestellter

Fernsehen eher ab. (Inwiefern dies mit der Fünftageweche zusammenhängt, bleibe dahingestellt!?) Ich kann nur wiederholen: Die Diskussion über die Einteilung und den Inhalt der Freizeit ist immer positiv zu werten.

Monika Diana/Esther Porcelli: Zwei gemeinsa-

«Ich bin eher dagegen. Die Kinder wären 5 Tage in der Woche dauernd in der Schule, hätten kaum Zeit um einmal eine Pause einzulegen, den Kopf 'auszulüften'. Dies wäre aber unbedingt nötig, um kreativ und wach zu bleiben.»
Yvette d'Hondt, Psychologin

Bild: mm

Schule ist nun wirklich nicht zuständig für die freien Stunden der Eltern.

Ruth Hedinger: Erstens handelt es sich höch-

«Ich bin dagegen. Das Schulprogramm würde doch nur noch mehr vollgestopft, für Freizeit oder Hobbys bliebe kaum noch Platz.»
Doris Greuter, Laborangestellte

stens um wenige Jahre. Die Kindergartenkinder sind samstags sowieso daheim. Zudem fliegen die PrimarschülerInnen spätestens ab der Mittelstufe gerne und immer öfter aus, so dass die Intimsphäre der Eltern schon bald wiederhergestellt ist. Ein Problem böten folglich nur die Jahre, in denen alle Kinder die Unterstufe besuchen und der Unterricht gleichzeitig in Blockzeiten erfolgt.

Forum: Wie äussern sich die LehrerInnen zur Fünftageweche - was sind die Gründe dafür oder dagegen?

Ruth Hedinger: Wir sind einstimmig dafür. Ich verfüge über eine grössere Freiheit bei der Einteilung meines Vorbereitens, was mir persönlich sehr entspricht. Ein eventuelles Schlafmanko kann über die zwei freien Tage ausgeglichen werden. Folgte im alten System beispielsweise am Samstagmittag noch ein Elterngespräch, füllten Korrekturen, Vorbereitungen und Haus-

«Ich bin für die Fünftageweche. So könnten ich und meine Frau am Wochenende viel mehr mit den Kindern unternehmen. Mal ins Tessin fahren oder so.»
Martin Kaufmann, Dekorateur

halt den grössten Teil des Weekends, so dass ich mich gedanklich nur schwer von der Schule zu lösen vermochte.

Monika Diana/Esther Porcelli: Diese Frage können wir nicht genau beantworten, da dies Einzelgespräche voraussetzen würde. Die Mehrzahl der LehrerInnen ist jedoch positiv eingestellt.

Forum: Besteht nicht die Gefahr, dass die mu-

sischen Fächer noch mehr an den Rand gedrängt werden?

Monika Diana/Esther Porcelli: Das ist zweifellos ein bestehendes Problem, welches sicher neue Lösungen bedingt.

Ruth Hedinger: Innerhalb des obligatorischen Unterrichts würde ich mich vehement dagegen wehren. Sinnvolle Strukturierung des Unterrichtes fördert die musischen Bereiche (siehe meine Antwort zur ersten Frage). Wie die Zahlen zudem zeigen, sind weder die Anmeldungen für den Schulsport noch für die Musikschule zurückgegangen.

«Ich weiss zuwenig über die Fünftageweche, als dass ich mir eine Meinung dazu bilden könnte. Ich habe von Gemeinden gehört, die sind mit der Fünftageweche gut gefahren.»
Prisca Hauser, Verkäuferin

Forum: Verursacht die Einführung der Fünftageweche finanzielle Kosten? Zusätzlichen Raumbedarf?

Monika Diana/Esther Porcelli: Laut Erfahrungen von anderen Gemeinden mit Fünftageweche führt diese zu keinem finanziellen Mehraufwand. Der Raumbedarf ist sicher ein Problem, das aber lösbar ist.

Ruth Hedinger: Nach Rechnungsprüfungskommission: Nein. Die Raumeinteilung bedarf eventuell etwas grösserer Flexibilität oder vermehrter Absprache. An sich könnten zum Beispiel die Turnhallen am Samstagvormittag weitervermietet werden.

Forum: Wann werden Schulbesuche von Behörden und Eltern, welche bisher vorwiegend an Samstagen stattfanden, durchgeführt?

Monika Diana/Esther Porcelli: Schulbesuche von Behörden müssen zwangsläufig unter der Woche stattfinden. Es besteht die Möglichkeit, Elternbesuchsmorgen auch am Samstag durchzuführen.

Ruth Hedinger: Von Montag bis Freitag. Das ist

zugegebenermassen für die früheren SamstagsbesucherInnen unbequemer. Bedenken muss man jedoch, dass Einführungslektionen in der Regel kaum am Samstag gehalten wurden. Ein Besucher, eine Besucherin erhält einen ganzheitlicheren Eindruck, wenn sie oder er Einblick in verschiedene Phasen des Wochenablaufs nimmt.

Forum: Eltern, Kinder und Lehrerschaft, die heute die Fünftageweche kennen, möchten diese nicht mehr missen. Trifft dies zu und sind Ihnen/Dir solche Reaktionen persönlich bekannt?

Ruth Hedinger: Aufgrund der Abstimmung der letzten Gemeindeversammlung trifft dies eindeutig zu (höchstens 3% der Erwachsenen sprachen

«Ich bin dafür. Ich denke, Familien unternehmen heute viel zu wenig miteinander. Ausflüge im Familienkreis können auch sehr lehrreich sein, wenn die Eltern etwas Verantwortung übernehmen.»
Claudia Frey, Hausfrau

chen sich dagegen aus). Eine Umfrage bei den betroffenen OberstufenschülerInnen, die während ihrer Primarschulzeit noch die Sechstageweche erlebt hatten, zeigt dasselbe Resultat.

Monika Diana/Esther Porcelli: Persönlich kennen wir Familien, die in Gemeinden mit Fünftageweche wohnen oder wohnten. Zugezogene vermissen den freien Samstagmorgen hier in Uster! Die Familien mit Fünftageweche möchten diese nicht mehr missen!

Forum: Gemäss Aussagen der Erziehungsdirektion hat die Fünftageweche weder positive noch negative pädagogische Auswirkungen und

«Ich würde die 5-Tage-Woche begrüssen. Ein schulfreier Samstag wäre auch für die Kinder gut. Dann könnten sie mal zwei Tage abschalten.»
Georg Klaus, Bankangestellter

auch kein verändertes Freizeitverhalten zur Folge. Was sagen Sie/Du dazu?



Ruth Hedinger: Die Pädagogik hängt von wesentlich anderen Faktoren ab. Zum Freizeitverhalten habe ich mich bereits geäußert.

Monika Diana/Esther Porcelli: Nach Gesprächen mit Betroffenen können wir dies nur bestätigen.

Forum: Esther, Monika, wie beurteilt Ihr die Chance, dass das Ustermer Stimmvolk am 10. März

1996 der Vorlage zustimmt, nachdem sich in einer 1991 durchgeführten Umfrage 56% der Eltern von PrimarschülerInnen und 64% der Eltern von OberstufenschülerInnen dagegen aussprachen (Umfragebeteiligung 72%)?

Monika Diana/Esther Porcelli: Die Erprobungen der Fünftageweche sprechen für sich. Die Zeiten haben sich geändert. Wir sind zuversichtlich und glauben an ein positives Resultat in Uster.

Forum: Vielen Dank für die Antworten.

Lydia Hässig und
Marlies Hürlimann-Arnold

Ein Blick zurück

Seit 1970 war es Schulgemeinden möglich, mit einem vorgängigen Gesuch an den Erziehungsrat die Fünftageweche zu erproben. Erst als 1986 kürzere Lektionen eingeführt wurden und dadurch die Nachmittage weniger beladen waren, wagten einige Gemeinden, bspw. Volketswil, den Versuch. Seit die Stadt Zürich sich auf das Schuljahr 1989/90 für die Fünftageweche entschlossen hatte, erfolgte ein eigentlicher Durchbruch. Zurzeit beteiligen sich 70 Schulgemeinden oder rund 55% aller SchülerInnen der Zürcher Volksschule daran.

Auf den Schuljahresbeginn 1996/97 ist nun die definitive Einführung der Fünftageweche möglich. Der Regierungsrat überlässt es den Gemeinden, sich für die Einführung des schulfreien Samstags zu entscheiden. Dazu braucht es die Zustimmung der Stimmberechtigten. In Uster werden die StimmbürgerInnen am 10. März 1996 über den Antrag «Fünftageweche» der Primar- und der Oberstufenschulpflege abstimmen können.

Lydia Hässig

Kommentar zur Fünftageweche



(Bild: Archiv)

Für die Fünftageweche spricht einiges, dagegen spricht wenig. Dieselben vorgängigen Bedenken haben sich in Gemeinden, die die Fünftageweche schon jahrelang erproben, nicht bewahrt. Auf welche Art die Eltern den freien Samstagmorgen mit ihren Kindern verbringen, ist eigentlich nicht von öffentlichem Interesse. Ob sie jetzt jedes Wochenende verreisen oder den Samstag mit ihren Kindern in einem Konsumentempel à la Glattzentrum verbringen, liegt im persönlichen Entscheidungsbereich der Familien.

Ein Einwand, der zutrifft ist die Zunahme der Schulstunden unter der Woche. Vor allem für OberstufenschülerInnen können die Tage lang werden. Allerdings gibt es auch jetzt Oberstufenschulklassen, die aufgrund anderer Sachzwänge «Achtstünder» im Stundenplan haben. Die SchülerInnen selbst sind nach meinen Erkundigungen mehrheitlich dafür: Sie legen Wert auf ein wirklich freies Wochenende und im Jugendlichenalter beginnt nunmal das Bedürfnis morgens ausschlafen zu können.

Für das Image der Stadt Uster als «lebendige Landstadt am Greifensee» ist die Einführung der Fünftageweche ein Gewinn. Bis jetzt wurden in Uster genug schulische Reformen verhindert: Es gibt kein AVO-System, keine Blockzeiten, keine Fünftageweche. Ich habe persönlich erlebt, dass JunglehrerInnen in Uster einen generell konservativen Geist befürchten und sich bei der Stellensuche lieber anderen Gemeinden zuwenden. Gute Schulen sind nicht nur jene, die eine effiziente Wissensvermittlung anstreben, sondern jene, die auch andere Werte favorisieren. Solche, die gesellschaftspolitische Anpassungen nicht scheuen, die sich den veränderten Bedürfnissen von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern anpassen. Die Institution Schule ist nicht zuletzt ein Dienstleistungsbetrieb.

Nach finanziell rosigen Zeiten lernen die Verantwortlichen leider nur langsam die Prioritäten anders zu setzen: Weniger schmuck renovierte Schulhäuser (auch wenn dies nach offizieller Rechtfertigung «nur wertvermehrend» ist), dafür genügend Schulraum für Blockzeiten, Integration, Musikunterricht etc. wäre – nicht nur heute – mehr.

Ich empfehle allen Stimmberechtigten die Fünftageweche am Abstimmungswochenende vom 9./10. März anzunehmen.

Lydia Hässig
Gemeinderätin

Kommt der Musikunterricht durch die Fünftageweche unter die Räder?

Von Regula Gutiérrez



(Bild: Archiv)

Die Fünftageweche bringt SchülerInnen und Eltern viele Vorteile und bedeutet eine Anpassung an veränderte Lebensgewohnheiten. Sie birgt aber auch Gefahren - für den Musikunterricht. Falls nicht endlich auch in diesem Bereich längst fällige Anpassungen vorgenommen werden.

Wird die Fünftageweche an den Ustermer Schulen mit der Volksabstimmung vom 10. März angenommen und eingeführt, wird dies zwangsläufig gravierende Auswirkungen auf den Musikunterricht haben. Der Instrumentalunterricht der SchülerInnen wird vorallem am Mittwoch Nachmittag, am Samstag Morgen und nach Schulschluss, in den Abendstunden, stattfinden. Weder für die InstrumentallehrerInnen - für die diese Änderung schlechtere Arbeitsbedingungen bedeutet - noch für die SchülerInnen ist diese Verschiebung von Vorteil. Deshalb wäre es sinnvoll und an der Zeit, wenigstens einen Teil des Musikunterrichts in den obligatorischen Stundenplan der Schule zu integrieren. (N.B. Das Fach Religion ist auch integriert, zum Teil sogar mit Doppellektionen!)

Musikunterricht wirkt leistungsfördernd

In den letzten Jahren verlor der Musikunterricht bei uns leider immer mehr seinen Stellenwert. Von einigen Ausnahmen abgesehen werden weder an der Primarschule noch an der Oberstufe im Fach Musik (früher Singen genannt) die Lehrpläne eingehalten. Derselbe Misstand wäre natürlich für das Fach Mathematik völlig unvorstellbar und nicht akzeptabel! Folgende Tatsache sollte uns aber nachdenklich stimmen, ob wir mit dem Musikunterricht weiterhin so sorglos umgehen dürfen: Untersuchungen in verschiedenen Ländern, unter anderem auch in der Schweiz, nämlich im Kanton Bern, zeigen, dass SchülerInnen, welche vermehrten Musikunterricht auf Kosten der Hauptfächer hatten (inklusive Instrumentalunterricht), in den Hauptfächern besser abschnitten als die übrigen SchülerInnen. Dies zeigt, dass konsequenterweise wenigstens der Instrumentalunter-



(Bild: Archiv)

richt in die Stundenpläne der Volksschule aufgenommen und integriert werden sollte. Ein Vorgehen, das beispielsweise an den Gymnasien bereits üblich ist. Auch sollte das Fach Musik vermehrt durch Fachlehrkräfte erteilt werden, denn die Ausbildung und somit auch das Können der VolksschullehrerInnen im Fach Musik ist grösstenteils ungenügend.

Ohne «Taxi» zum Musikunterricht

Die Umstellung auf die Fünftageweche wird meiner Ansicht nach für die Musikschule in Uster

dann problematisch, wenn wir nichts am bisherigen Zustand ändern. Raumprobleme könnten zu einer Abnahme der SchülerInnenzahlen führen, da die Musikschule bis heute in verschiedenen Schulhäusern und Kindergärten (musikalische Früherziehung) keine Räume zur Verfügung hat. Viele Eltern - und zu denen zähle auch ich - wollen, dass ihre Kinder den Weg zum Musikunterricht selbständig und ohne Autotransport durch die Eltern zurücklegen können. Und das zu vernünftigen Zeiten.

Regula Gutiérrez
Klavierlehrerin,

16jährige Ustermerin an der Jugendsession in Bern

Jugend im Bundeshaus

von Annalena Moser



Zum vierten Mal haben sich im November 95 200 13-21jährige Jugendliche zur Jugendsession getroffen. Trotz der rund 500 Anmeldungen hatte ich das Glück, zu den TeilnehmerInnen zu gehören. Es war für mich eine begeisternde Erfahrung.

Als ich den Ausschreibetext zur Jugendsession las, zögerte ich zuerst. «Zukunft der Schweiz» lautete das Thema. «Ich komme doch da nicht genügend draus», war meine spontane Reaktion. Doch als ich den Text etwas genauer studierte, wurde mir klar, dass es ja gerade ein

wichtiges Ziel der Jugendsession ist, einen Einblick in die Politik zu bieten. Es ist nicht die Meinung, abgehobene Diskussionen zu führen, sondern gemeinsam etwas zu erarbeiten. Man hat auch die Möglichkeit, sich gezielt zu seinem selbstgewählten Thema vorzubereiten.

Am Donnerstagabend, dem 16.11.95, trafen wir in der Jugi in Bern ein. Zunächst bekamen wir die ersten Infos in unserer Gruppe, die etwa aus 20 TeilnehmerInnen bestand. Die zehn verschiedenen Gruppen befassten sich u.a. mit Interessenskonflikten zwischen jung/alt, InländerInnen/AusländerInnen, Frau/Mann. Neben einer Mal- und Theatergruppe gab es zwei Gruppen, die sich mit Aussenpolitik beschäftigten: mit der Rolle der Schweiz in der EU wie auch mit der Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit. Nach dem Abendessen trafen wir uns gruppenweise im Restaurant, um noch etwas zu plaudern.

Schmökern in der Kommissionsarbeit

Der Freitag war der Arbeit in der Gruppe gewidmet. Der ganze Tag stand uns zur Diskussion zur Verfügung mit dem Ziel, maximal drei Petitionen zu erarbeiten. Für eine Stunde nahm sich ein Experte Zeit, uns das Thema aus seiner Sicht darzustellen. Gegen Abend waren zwei NationalrätInnen bei uns eingeladen. Ein Vertreter der CVP und eine Frau der SP sollten sich unseren Fragen stellen. Sie hinterliessen bei uns einen sehr peinlichen Eindruck: Obwohl sie sich freiwillig zu dieser Diskussion zur Verfügung gestellt hatten, erschienen sie ohne Abmeldung nicht.

Unsere zwei Gruppenleiter, selber noch sehr jung, zeigten grosses Engagement. Einen Punkt möchte ich aber an ihnen kritisieren: Ich finde, sie haben unser Gespräch zu wenig geleitet und strukturiert. Darauf angesprochen fanden sie, es sei doch unser Tag, den sie uns selbst gestalten lassen möchten. Sie wollten uns nicht beeinflussen. Einerseits will ich ihnen recht geben; zweifellos müssen Ideen und Elan von unserer Seite her kommen. Andererseits braucht es aber unter so vielen Leuten eine Diskussionsleitung, die hilft, das Thema aufzubauen und die zahlreichen Meinungen und Ideen auf einen Nenner zu bringen.

Am Abend assen wir im Restaurant. An dieser Stelle erscheint mir erwähnenswert, dass für uns alles kostenlos war. Weder für die Zugfahrt, noch für Essen oder Übernachtung mussten wir aufkommen. Nach dem Essen gab es in der Jugi ein Fest mit Band und Disco. So kam der Schlaf natürlich wieder einmal etwas zu kurz...

Frischer Wind im Bundeshaus

Der Samstag begeisterte mich am meisten. Man könnte meinen, es sei langweilig, den ganzen Tag im Nationalratssaal über Petitionen zu diskutieren und abzustimmen, aber die Zeit verflog im Nu. Ich habe das Klima als sehr positiv empfunden. Es bewies, dass professionelles Reden nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt werden kann. An der Jugendsession hatten auch Versprecher ihren Platz. Professionelles Reden ist mir ja auch nicht nur sympathisch. So fand ich denn auch die Fragerunde, in der sich Arnold Koller unseren Fragen stellte, nicht sehr interessant. Ein richtiger Politiker weiss auf alles eine schöne Antwort. Eine Fragerunde wird erst interessant, wenn man die Möglichkeit hat, präzise und unaufhörlich nachzufragen.



Es reicht nicht, die Jugendlichen mit trockenem Staatskundeunterricht eventuell sogar von Politik abzuschrecken. Denn jeder muss lernen, mit dem heutigen Informationsdschungel der Medien umzugehen.

(Bild: Archiv)

Ich wage nicht zu behaupten, die Jugendsession sei repräsentativ zusammengesetzt gewesen. Wie sonst käme es, dass Vorlagen, die den Stellenwert von Ausländern anerkennen und ihnen Chancengleichheit zusprechen, klar angenommen würden (137:22)? Die Forderungen zur Halbierung der Militärausgaben sowie zur Kürzung der Investitionen für den Strassenbau sind weitere Beispiele dafür: Politisch rechtsorientierte Jugendliche scheinen sich leider weniger für die Jugendsession zu interessieren, obwohl es ein wichtiger Grundsatz der Jugendsession ist, politisch unabhängig zu sein.

Völlig unzureichende politische Bildung in der Schule

Während der Debatte über Jugend und Politik kam zur Sprache, welche wichtige Aufgabe die Schule in diesem Bereich hat (oder hätte). Es reicht nicht, die Jugendlichen mit trockenem Staatskundeunterricht eventuell sogar von Politik abzuschrecken. Denn jeder muss lernen, mit dem heutigen Informationsdschungel der Medien umzugehen. Das Interesse für Abstimmungen, die Kenntnis über Parteien, die Fähigkeit zu diskutieren wird keinem in die Wiege gelegt. Müsste heute im Geschichtsunterricht nicht das Schwergewicht auf das Behandeln von aktuellen Ereignissen gelegt werden? Wäre es nicht eine der wichtigsten Aufgaben der Schule, über die Rolle der Wirtschaft Aufschluss zu geben (z.B. in bezug auf die Dritte Welt, EU, Demokratie etc.)? In dieser Hinsicht erlebe ich meine Ausbildung an der Kantonschule als absolut unzureichend.

Entwicklungspolitik: Ein Widerspruch

Da ich in der Gruppe war, die sich mit diesem Thema beschäftigte, möchte ich etwas ausführlicher darüber berichten. Der Widerspruch der Entwicklungspolitik besteht darin, dass in Wirklichkeit kein Industrieland daran interessiert ist, den Drittweltländern zu helfen. Denn Hilfe würde bedeuten, die Unabhängigkeit dieser Länder als Ziel zu haben. Aber die wirtschaftlichen Interessen dominieren auch in diesem Bereich; die beste Situation der Drittweltländer bietet vorteilhafte Handelsbeziehungen, gute Investitionsmöglichkeiten und Absatzmärkte für

Überschüsse. Da die Investitionen der Wirtschaft nur durch kommerzielle Kriterien bestimmt werden, bringen sie dem Land oft keine Verbesserungen. Diese würden nur durch die Beseitigung der Missstände in diesen Ländern bewirkt. Ansatzpunkte wären insbesondere die einseitige Wirtschaft (z.B. zu 75% Kaffeeanbau), die Unfähigkeit des Landes, seine Grundnahrungsmittelbedürfnisse selber zu decken (da Riesenkonzerne das Land besitzen) und die unfairen Preise, die wir ihnen bezahlen. Kein Wunder, dass die Wirtschaft für die Forderung nach Veränderungen in diesem Bereich kein Gehör hat. Wie die Wirtschaft ruft, so tönt es auch aus dem Parlament: Eingriffe in das bestehende System sind chancenlos.

So legten wir denn auch sehr harmlose Anträge vor. In einer Petition forderten wir den Bund auf, nachhaltige Entwicklungspolitik zu leisten. «Hilfe zur Selbsthilfe» wie das Schlagwort dafür lautet. Darunter versteht man, die Bevölkerung in ihren Bemühungen zu unterstützen, ihre Grundbedürfnisse zu decken (z.B. landwirtschaftliche Projekte oder die Errichtung von Schulen). Mit diesem Anliegen bestätigen wir den Bund in seiner ziemlich fortschrittlichen Entwicklungszusammenarbeit. – Seine Bemühungen haben aber, verglichen mit dem wirtschaftlichen Einfluss, der meist in die entgegengesetzte Richtung zielt, einen sehr geringen Stellenwert. In einer zweiten Petition forderten wir, dass die Entwicklungsgelder nicht gekürzt werden, wie das geplant ist.

Zahlreiche Forderungen

Gegen Abend überreichten wir über 20 Petitionen und ebensoviele persönliche Vorstösse, denen die Mehrheit der Jugendsession zugestimmt hatte, dem eidgenössischen Parlament. Es ist verpflichtet, diese Petitionen zu behandeln. Immerhin hat es einige letztjährige Forderungen dem Bundesrat überwiesen. Ich finde es sehr schade, dass wir so viele Petitionen eingereicht haben. Wirklich dringende Anliegen verlieren dadurch ihr Gewicht. Es erschien mir sehr wichtig, sich auf weniger Petitionen zu beschränken.

Wer weiss – an der nächsten Jugendsession werde ich vielleicht bereits als Leiterin mithelfen können. Nur schon die gute Stimmung unter den LeiterInnen wäre für mich dazu Grund genug.

Heidi Schüller bald in der Schweiz

Mit ihrem Buch «Die Alterslüge» hat die deutsche Autorin Heidi Schüller viel Staub aufgewirbelt. Sie hat sich einerseits Drohungen und Beschimpfungen eingehandelt, andererseits aber auch viel Respekt und Anerkennung für ihren Mut.

Heidi Schüller fordert einen neuen Generationenvertrag, ohne «sozialromantische Verklärung des frühen Alters». Heidi Schüller: «Unser Sozialstaat steht vor der Zerreihsprobe. Wir sollten den Mut haben, die Dinge beim Namen zu nennen und neue Prioritäten zu setzen. Mir scheint es unausweichlich, dass der Umbau der Sozialsysteme für viele auch ein Abbau werden wird – zumindest aber ein Abschied von liebgewordenen Gewohnheiten.»

Die Handlung des Buches «spielt» in Deutschland. Ähnlich sieht es in der Schweiz aus. Das Buch liefert Denkanstösse für eine zukünftige Alterspolitik. Es macht aber auch Angst.

Auf Anregung von Vreni Steinlin-Berger hin wird Heidi Schüller von der SPS im Verlauf des Jahres eingeladen, zu diesem Thema auch in der Schweiz zu sprechen. Man darf gespannt sein!



Vreni Steinlin-Berger und Marlies Hürliemann haben die Autorin Heidi Schüller während ihrer Skiferien in St. Moritz besucht.

«Die Alterslüge - für einen neuen Generationenvertrag», von Heidi Schüller, erschienen im Frühling 1995 bei Rowohlt, Berlin, Fr. 36.— im Buchhandel.

Veranstaltungskalender

1.3. Filmbar: «la famiglia»

Ettore Scola
23.00 Saal Rest. Sonne
Barbetrieb bis 2.00



8.3. Frauenfilm: «Unsere Leichen leben noch»

Rosa von Praunheim
20.15 Saal Rest. Sonne
anschliessend
Fraudisico mit Milna bis 2.00

9.3. Lukas Heuss Quintett

20.30 JazzClub

10. 3. Matinée: Musik aus Osteuropa

Christoph Hildebrand – Kontrabass
Eliane Cottier – Klavier
10.45 Ort siehe Presse

15.3. Konzert Pete Scrowther and Band

mit den Wurzeln in der britischen und amerikanischen Folk-Musik
20.30 Saal Rest. Sonne



21.3. Frauenpower mit «Her Favorite Food»

20.30 JazzClub

22.3. Afro-Jazz-Disco

DJs Patrick und Frank
22.00 Saal Rest. Sonne
Barbetrieb bis 2.00

17.3. 6. Sonntags-Konzert

Quartettissimo
17.00 kath. Kirche

24.3. Matinée

Andreas J. Baumberger – Bass
Tivadar Tikviczky – Klavier
Werke von Donizetti, Bellini, Verdi, Granados, Ibert
10.45 Stadthaus Uster

28.3. George Gruntz-Trio

20.30 JazzClub



(Bild: Frasi)

Im Vorfeld der Regierungsratswahlen besuchte Markus Notter auch Uster. An einer Nachmittagsveranstaltung im Restaurant Sonne zum Thema «Sozialabbau» stand er den interessierten Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Red und Antwort – eine Gelegenheit, die rege genutzt wurde. Auf dem Bild: Markues Notter im Gespräch mit der Presse. Die SP Uster und die FORUM-Redaktion gratulieren Markus Notter zur Wahl und wünschen ihm viel Erfolg in seinem neuen Amt.

29.3. Disco im Sonnesaal

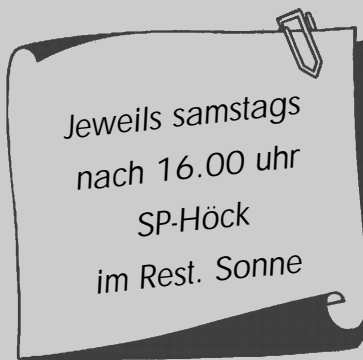
21.00 Rest. Sonne

30.3. Cabaret Mega-Däutsch

Das UlkTimaTiefe Sprachlabor mit Joe Wannli
20.00 Rest. Sonne

5.4. 7. Sonntags-Konzert

mit dem Vokalensemble «Cantalea»
17.00 Ref. Kirche



Frisch geschlüpft pfeift «SPUtZ» auch in Zukunft von Usters Dächern.
SP Uster, Postfach, 8610 Uster

Inserat

RELAZIONE DELL'ASSEMBLEA GENERALE C.L.I. USTER DEL 17 NOVEMBRE 1995

È ormai consuetudine che in questo periodo ci ritroviamo per l'assemblea generale. È un momento per ricordare le nostre attività svolte durante questo anno sociale e per fare una riflessione sulla situazione politica ed economica. In Svizzera purtroppo la situazione economica non è migliorata, all'inizio dell'anno sembrava finalmente che l'economia, se pur lentamente, si stesse riprendendo, purtroppo nel secondo semestre c'è stato un ristagno della situazione.

Anche se alcuni settori non risentono della crisi, si legge spesso sui giornali di chiusura di fabbriche, di ristrutturazione con conseguente perdita di posti di lavoro. Specialmente le grandi ditte come Oerlikon Bührle, ABB, Sulzer, Swissair e perfino banche che nonostante gli altri profitti hanno ridotto drasticamente il personale.

A Uster la situazione la conosciamo tutti, ormai si può considerare una città dormitorio.

L'industria tessile è sparita, la meccanica è in crisi, mentre nell'edilizia lavorano a Uster quasi esclusivamente ditte dei dintorni.

Che dire della situazione italiana?

Nel nord Italia, specialmente la parte orientale, grazie anche alla svalutazione della Lira, si assiste ad un vero boom economico, con piena occupazione, c'è addirittura carenza di manodopera qualificata, mentre nel centro e nel Sud la situazione è molto preoccupante. Inoltre c'è una situazione politica incerta, con molti politici indiziati, un governo cosiddetto tecnico, che però bisogna dargliene atto, ha fatto e sta facendo molte più cose di altri governi cosiddetti politici. Il nostro paese sta attraversando un momento difficile, si assiste a continui attacchi verso i giudici per delegittimarne l'operato, siamo confrontati con i problemi degli emigrati extracomunitari, la criminalità organizzata, la malasanità, i

disservizi della pubblica amministrazione, tangentopoli, affittopoli, invalidopoli e la lista potrebbe continuare. C'è solo da augurarsi che si trovino delle soluzioni a questa difficile situazione, altrimenti andremo incontro a conseguenze imprevedibili.

Passiamo ora alle attività svolte quest'anno.

In marzo abbiamo festeggiato la festa della donna assieme al Gruppo Donne di Uster.

Abbiamo aderito all'invito dell'AVIS per il concerto di musica classica offrendo i biglietti ai nostri soci che volevano partecipare.

Quest'anno si è festeggiata di nuovo a Uster il 1° Maggio, festa dei lavoratori. Abbiamo dato il nostro contributo nella vendita dei Pin e aiutando durante la festa.

5 Maggio, serata informativa sulla disoccupazione, in collaborazione con il Comitato Cittadino sulle nuove norme entrate in vigore, e analizzando la situazione di chi ha esaurito le indennità.

Quest'anno non è stata fatta la Bachgassefest come di consueto, in compenso abbiamo partecipato indirettamente affittando uno stand alla Stadtfest ai primi di settembre.

Il 27 ottobre insieme alla Famiglia Siciliana è stata fatta una serata informativa sui nuovi diritti pensionistici con grande partecipazione di pubblico.

Sempre in ottobre in occasione delle elezioni federali abbiamo fatto un volantinaggio a favore di De Concilio un candidato con la doppia cittadinanza da sempre attivo nelle C.L.I. e nel sindacato.



L'assemblea generale C.L.I.

Una serata ben riuscita

Elezioni politiche svizzere

Nuova legge sull'
assicurazione malattia

ELEZIONI POLITICHE SVIZZERE

In giugno ed agosto abbiamo fatto tra consiglieri e consorti due giri del lago ritrovandoci poi alla sera per la cena all'aperto. Un modo diverso per conoscersi meglio senza parlare di cose serie.

Queste le attività particolari, ci sono poi le altre attività che svolgiamo regolarmente.

Assistenza INCA con pratiche pensionistiche, controllo contributi e servizi vari tra cui la dichiarazione dei redditi.

Cassa malati é da anni un'attività della Colonia che ci permette di avere degli introiti per finanziare le altre attività.

FORUM, giornale bimensile bilingue che facciamo in modo indipendente con il partito socialista svizzero che é anche un modo per avere contatti con le forze politiche svizzere.

Inoltre mettiamo a disposizione la nostra sede all'unione operaia di cui siamo membri, per la consulenza giuridica, protezione degli inquilini, problemi del lavoro etc.

Siamo membri del Comitato Cittadino, della Commissione Scuola, dell'unione operaia e dell'Arbeitergemeinschaft für Ausländerfragen. Dall'anno scorso siamo anche responsabili della gestione del Centro Italiano.

Queste le attività svolte quest'anno, per il futuro cosa fare?

Francamente ce lo chiediamo anche noi, riscontriamo solo molto interesse sulle serate informative sulle pensioni, altri temi, come disoccupazione, diritti degli inquilini hanno poca partecipazione. Come é nello spirito della nostra associazione, le nostre attività vengono svolte per tutta la collettività. Soprattutto per questo teniamo a precisare che siamo disponibili a collaborare con altre associazioni per attività di interesse generale. Sappiamo che ci sono molti problemi, la scuola dove si registra una situazione peggiore di 10 - 15 anni fa per gli stranieri, eppure i genitori che sono della seconda generazione non hanno problemi di lingua. Il diritto di voto locale, ed il voto agli italiani

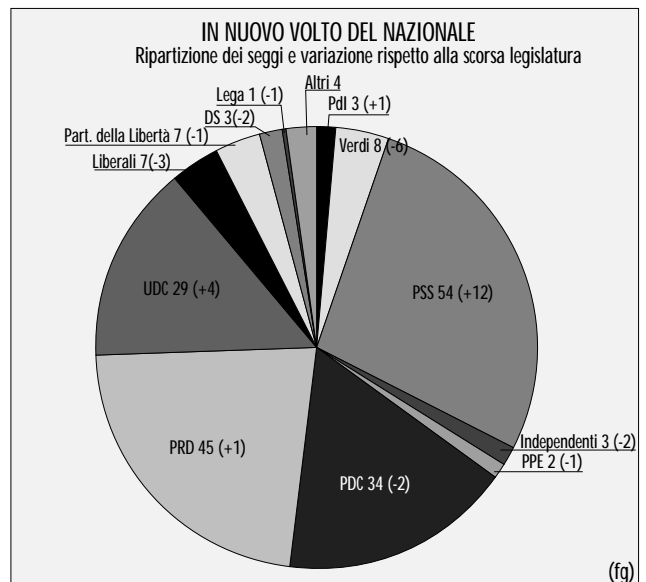


all'estero, i rientri, il dramma della disoccupazione, i rapporti con le forze politiche svizzere, sono alcuni temi che terremo in considerazione valutando le nostre forze e le nostre capacità.

Siamo però convinti, che pur conservando le proprie caratteristiche, si debba collaborare di più assieme, senza pensare sempre al proprio orticello, solo così, potremmo coinvolgere quelle persone che sono insensibili ed indifferenti ai vari problemi con cui siamo quotidianamente confrontati.

Valerio Modolo

Il venti ottobre 1995 si sono svolte in Svizzera le elezioni politiche nazionali. Analizzando il voto allo specchio, si possono detrarre due contrapposte posizioni: da una parte la netta avanzata del Partito Socialista Svizzero, un'avanzata, netta e con un significato preciso, ottenuta con una politica chiara, avendo spiegato agli elettori ciò che realmente ha bisogno la nazione «Svizzera», apertura all' «Unione Europea». Una Europa, che le è tutta intorno unita e forte e da lei non può isolarsi.



Dall'altra ha fatto eco l'avanzata dell'UDC, anche se meno netta del Partito Socialista, ma anche significativa per il fatto che è il partito di Blocher, che si è battuto contro l'entrata della Svizzera nell'Unione Europea. Quindi un parlamento con due opposte ideologie e con una nazione in crisi; crisi economica, sociale e culturale e anche istituzionale. Quindi affidiamo tutti questi problemi ai neo-eletti deputati, affinché sappiano risolvere in modo meno doloroso possibile.

Ai Socialisti, vincitori netti di questa tornata elettorale, ci affidiamo maggiormente, perchè solo loro sapranno capire i veri problemi della Svizzera prima fra tutti, la crisi economica, con la disoccupazione galoppante.

Saprà, in questa legislatura, saper gestire con modi meno dolorosi possibili la grave crisi occupazionale ed evitare che possa perdere questo prestigio, acquistato adesso, ad una prossima votazione?

Saprà anche convincere altre forze politiche più conciliabili a collaborare per una entrata della Svizzera nell'Unione Europea?

Attendiamo che il nuovo parlamento inizia a discutere questi problemi, che hanno bisogno di essere risolti al più presto possibile e che il Partito Socialista Svizzero possa essere l'arbitro infallibile.

Ha votato solo il 40 % e questo è un'altra nota negativa.

Carmine Puzo

UNA SERATA BEN RIUSCITA

Fine ottobre 95 la Colonia Libera di Uster, in collaborazione con la Famiglia Siciliana, ha organizzato una serata informativa su un tema quanto mai attuale: La Riforma delle pensioni. L'argomento della serata ha attirato un numero di persone che, lo scrivente, non aveva mai avuto maniera di osservare in un'occasione simile. Il successo della serata è stato completato dalla chiarezza e dalla bravura del relatore inviatici dall'INCA che dopo aver relazionato i punti salienti della riforma pensionistica in Italia e delle novità che sono emerse nel corso dell'anno in Svizzera, segnalando le similitudini e le differenze tra i due regolamenti, si è lasciato, di buon grado, bombardare dalle domande che i presenti gli hanno rivolto, nella speranza di trovare una soluzione ai propri casi personali, passati ed anche futuri!

Nel corso della serata è stato il vizio atavico degli italiani di badare a risolvere solo i propri casi e, una volta avuta una qualche soluzione,

abbandonare l'aula in barba ai restanti ed al relatore. La cosa, visto anche il numero elevato di partecipanti, non avrebbe dato eccessivo fastidio (almeno in quest'occasione!) se, l'aprire della porta non avesse acuito il già fastidioso rumore, iniziato a metà serata, causato dal giuoco dei bigliardini; vecchia storia questa, ogni serata informativa è, sistematicamente, disturbata da persone che in totale dispregio degli altri presenti, si scatenano in interminabili partite, reagendo in maniera cafonesca a chi gli fa notare che c'è bisogno di silenzio, ma tant'è, diceva la mia professoressa che dalla spremitura di una rapa non si riuscirà a ricavare una sola goccia di sangue!

Che dire della riforma pensionistica? Il clima di convergenza tra istituzioni, forze sociali ed imprenditori ha favorito i punti centrali dell'intesa sancita dal voto del parlamento ed è una vittoria, sia per il governo Dini, che è riuscito nell'impresa là dove sono falliti innumerevoli tentativi

dei governi che l'hanno preceduto, sia per il paese che ha delle regole certe su cui costruire il proprio futuro.

Gli italiani ora sanno che si sta andando, gradualmente, da un sistema retributivo ad uno contributivo ma, soprattutto, sanno che si sono poste le basi per un sistema previdenziale che bene o male, a secondo dei punti di vista, assicurerà una pensione realistica all'arrivo dell'età in cui si cessa di lavorare. L'età media degli italiani è aumentata ed un numero sempre più piccolo di giovani ha dovuto farsi carico di un esercito sempre più grande di anziani, fino al punto che nessuno poteva essere sicuro di ricevere quanto versato allo scadere dell'età lavorativa. Esisteva, inoltre, una giungla di pensioni che distribuiva privilegi e discriminazioni, basti pensare, per esempio, alla categoria dei giovani pensionati pronti ad affrontare nuovi lavori in concorrenza, ed a più buon mercato, con i giovani in cerca di lavoro; i principi di solidarietà del vecchio sistema previdenziale erano stati

gravemente compromessi, ecco così l'urgenza di una riforma.

Il nuovo metodo contributivo, per semplificare, funziona come un conto bancario; ogni lavoratore effettuerà tutti i mesi, con l'azienda un versamento. Il capitale costituito produrrà interessi legati all'inflazione ed al Prodotto Interno Lordo degli ultimi cinque anni. Alla fine della carriera lavorativa tutti i versamenti verranno moltiplicati per un coefficiente che collega il tutto con l'età del pensionando, premiando chi arriva più vicino all'età di 65 anni. Speriamo bene!!!

Claudio Marseglia



NUOVA LEGGE SULL'ASSICURAZIONE MALATTIA

Con il 1° gennaio 1996 è entrata in vigore la nuova legge sull'assicurazione malattia. La legge prevede alcune importanti e sostanziali innovazioni che interessano tutti coloro che vivono in Svizzera.

Inanzitutto l'assicurazione di base è obbligatoria per tutti coloro che abitano in Svizzera, è basata sul principio della solidarietà; in quanto ci sono solo due fasce d'età a determinare i premi. La prima da 0 a 18 anni (25 anni se studia o si è apprendisti) la seconda da 19 anni in su. Gli assicurati adulti che risiedono nella stessa regione (cantone) pagheranno presso la stessa cassa malati, lo stesso premio senza distinzione d'età.

Per l'assicurazione di base la legge prevede le seguenti prestazioni:

- Degenza ospedaliera completa in reparto comune con cure e trattamenti medici e terapeutici
- Trattamenti di medicina complementare effettuati però da un medico come agopuntura etc.
- Trattamenti medici all'estero se non si possono fare in Svizzera o se hanno carattere d'urgenza.

Inoltre ci saranno contributi per l'assistenza a domicilio (Spitex), visite di prevenzione, apparecchi che servono alla visita o trattamento (inalazioni, diabete).

La cura dentaria non sarà riconosciuta neanche in futuro (tranne in casi particolari). Tutti gli assicurati (dopo i 60 anni bisogna avere il consenso della cassa malati) potranno cambiare la loro cassa malati senza restrizioni.

Gli assicurati dovranno pagare un contributo (franchigia + 10%) sulla degenza ospedaliera come lo pagavano sin'ora per le cure mediche. È stato fissato però un tetto massimo annuale. Non ci saranno più sovvenzioni cantonali e della confederazione alle casse malati. Per coloro che vivono in condizioni disagiate ci sarà un intervento del cantone per ridurre i premi assicurativi. Nel cantone Zurigo vengono considerate in condizioni disagiate le famiglie che hanno un reddito mensile non superiore a Fr. 3'000.- Le assicurazioni complementari saranno facoltative e sottoposte a diritto privato, le casse malati potranno strutturare le prestazioni individualmente o fissare i premi in base al loro rischio effettivo. In ogni caso ci sarà una netta distinzione tra assicurazione di base e quella com-



plementare. Ci sono inoltre modelli assicurativi che potrebbero fare risparmiare sui premi.

Come si vede ci sono dei cambiamenti sostanziali, nella nostra sede della Colonia Libera a Uster, abbiamo una sezione della cassa malati SUPRA aperta ogni martedì dalle 18.00 alle 19.30 e sabato dalle 14.00 alle 16.00. Potrete

senza impegno farvi fare un preventivo per Voi e famiglia. È un consiglio che diamo a tutti, non solo di confrontare i premi, ma anche le prestazioni, inoltre nella nostra sede potete avere anche i necessari chiarimenti sulla nuova legge malattia.

Valerio Modolo

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 8'500

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.- / PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Valerio Modolo,
Simonetta Genovese, Carmine Puzo

Stampa: Ropress Zurigo